

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

34. Jahrgang
Nr. 2 – 2011
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Frauen fordern Waffenstillstand in Libyen	2
Trauer um Rachel Avnery	3
Mauerbau in Berlin: Nikita Sergejewitsch war's	4
Schwellenland Vietnam	5
Ende des Nuklearzeitalters?	6
Mit der SVP gegen die Bauern	7
Seit 35 Jahren im Kerker: Leonard Peltier	8



Krieg für Öl. Graphik von Eric Drooker (www.drooker.com).

Revolutionen in Nordafrika – Zusammenhänge, Perspektiven

Die Diktatoren sind weg – wann fallen die Diktaturen?

Seit Anfang dieses Jahres ist das Wort «Revolution» auch in den bürgerlichen Medien wieder in Gebrauch gekommen, zumeist sogar mit positivem Unterton. Kann man das als ein Symptom für einen neuen Trend in der heutigen Weltentwicklung ansehen? Dieser Frage ging der deutsche Journalist und ehemalige Chefredaktor der Wochenzeitung «Unsere Zeit», Georg Polikeit, an der Mai-Vorfeier der Parteien der Arbeit in Basel nach. Wir dokumentieren seinen Vortrag stark gekürzt. Die vollständige Version kann in den «Marxistischen Blättern», Nr. 2/11 nachgelesen werden (www.neue-impulse-verlag.de/mbl).

Von Georg Polikeit

Hervorzuheben ist der aussergewöhnliche Mut, die Standhaftigkeit und Ausdauer, mit denen Millionen Menschen in Tunesien und Ägypten tage- und wochenlang immer wieder auf die Strasse gingen, auf besetzten Plätzen ausharrten, sich durch Drohungen und brutale Repression nicht einschüchtern liessen. Besonders hervorzuheben ist dabei die Rolle junger Menschen und ganz besonders die Rolle der Frauen. Von der Courage und der Ausdauer dieser Araberinnen und Araber könnten wir in Europa durchaus noch etwas lernen.

Das gilt auch dann, wenn gegenwärtig noch nicht genau abzusehen ist, was aus den aufgebrochenen Revolten und revolutionären Situationen letzten Endes tatsächlich werden wird. Das heisst, ob daraus tatsächlich Revolutionen im Sinne einer tiefgehenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse hervorgehen werden.

Dennoch muss natürlich sofort festgehalten werden, dass die Darstellung in den bürgerlichen Medien manipulativ ist.

Sie zeichnen fast alle das Bild einer plötzlich aufgetretenen Welle von arabischen Volkserhebungen gegen dort regierende despotische und korrupte Regimes. Und das einzige, was diese Menschen dort wollen, scheint die Einführung einer «Demokratie» nach europäischem oder US-amerikanischem Vorbild zu sein.

Das ist gleich eine dreifache Irreführung.

Erstens stimmt es nicht, dass es eine relativ gleichartige Welle von Aufständen in den nordafrikanischen Staaten gab. Natürlich gibt es ähnliche Erscheinungsformen und gleichartige Ursachen für die Proteste, von Jemen und Bahrain bis Marokko und Algerien. Die Erfolge in Tunesien und Ägypten haben in der ganzen Region stimulierend gewirkt. Sie halfen, Angst und Resignation zu überwinden.

Dennoch sind die wirtschaftlichen und sozialen Situationen wie auch die jeweiligen innenpolitischen Kräfteverhältnisse, die Ziele und Anliegen der jeweils handelnden Kräfte sehr unterschiedlich. Dementsprechend weisen auch Ausmass, Ablauf und bisherige Ergebnisse dieser Bewegungen grosse Unterschiede auf. Sie einfach alle über einen Kamm zu scheren, dient nicht der Aufklärung.

Zweitens werden mit dem Bild von gleichgearteten «Demokratie-Bewegungen» die ökonomisch-sozialen Hintergründe und die weltpolitischen Zusammenhänge dieses Aufbegehrens ausgeblendet. Das dient der Vertuschung der Frage, wie diese arabischen Despoten denn tatsächlich an die Macht kamen und welche exzellenten Beziehungen sie noch bis vor kurzem mit den Zentren der kapitalistischen Welt unterhielten.

Drittens wird im Unterbewusstsein der europäischen Adressaten die Vorstellung geschürt, dass wir in der «westlichen Welt» unter geradezu idealen demokratischen Verhältnissen leben und unsere Art von Demokratie zum Modell und Exportartikel für die übrige Welt werden muss.

In Wahrheit haben die nordafrikanischen Volksbewegungen ihre Wurzeln nicht allein im Mangel an demokratischer Freiheit. Ihre eigentliche Kernursache ist, dass für Millionen

Menschen die täglichen Lebensverhältnisse immer unerträglicher geworden sind.

Auf der einen Seite eine kleine Schicht von einheimischen Geschäftemachern und Politikern, die sich in enger Symbiose mit dem Auslandskapital die Naturreichtümer und die Früchte der einheimischen Arbeit unter den Nagel reissen und immer grössere Vermögen auf ihren Privatkonten im Ausland anhäufen. Auf der anderen Seite zunehmende Arbeitslosigkeit, steigende Lebensmittelpreise und Lebenshaltungskosten, wachsende Armut, Pauperisierung immer grösser werdender Teile der Bevölkerung, keine Jobs und fehlende Zukunftschancen für die grosse Masse der jungen Menschen.

Dass dieser Widerspruch grossen Teilen der Bevölkerung und vor allem der Jugend bewusst wurde und diese sich mit diesem Zustand nicht mehr länger abfinden wollten, war der entscheidende Antrieb für die Entwicklung und auch für die anhaltende Hartnäckigkeit und Ausdauer dieser Bewegungen.

Aber die sozialen Probleme Nordafrikas sind natürlich nicht allein hausgemacht. Sie haben ihre Quelle in der neokolonialen Art und Weise, mit der diese Länder in den letzten Jahrzehnten in die kapitalistische Weltwirtschaft «integriert» worden sind. Es sind die Folgen des neokolonialen Ausbeutungssystems, dem diese Länder unterworfen wurden, die die Menschen in die Aktionen trieben.

Warum gab es die despotischen Regimes?

Die meisten nordafrikanischen Länder haben erst in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts ihre nationale Unabhängigkeit erreicht. Das war das Ergebnis eines oft jahrzehntelangen anticolonialen Befreiungskampfes. Sie gehörten danach zur grossen Gruppe der «Blockfreien», deren Politik in der damaligen weltpolitischen Situation objektiv antiimperialistischen Charakter hatte. Das verband sich im Inneren dieser Staaten mit Prozessen der Nationalisierung wichtiger einheimischer Wirtschaftssektoren und mit einer starken staatlichen Förderung sozialer Infrastrukturen und dem Aufbau eines nationalen Bildungswesens.

Doch ab den 70er Jahren gelang es den imperialistischen Hauptmächten dann zunehmend wieder, über den Ausbau ökonomischer Abhängigkeiten und durch intensive ideologische Einflussnahme diese Entwicklungen abzubremsen und schliesslich umzukehren. Durch den Zerfall der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten Europas wurde dies stark beschleunigt.

Statt einer unabhängigen ökonomischen Entwicklung entsprechend den nationalen Interessen wurden die Staaten Nordafrikas wieder in die imperialistische Weltordnung und in die kapitalistische Weltwirtschaft «eingegliedert». Sie wurden den «Ratschlägen» und vielfach dem nackten ne-

Fortsetzung Seite 2

Bombenalarm bei Schweizer Banken

Ob es nun im Hinblick auf die Wahlen im Herbst, oder aus edler Überzeugung beschlossen wurde, ist uns im Moment völlig egal. Hauptsache es wird vollzogen. Nämlich der Vorschlag des Bundesrates, dass künftig Schweizer Banken nicht mehr in Firmen, welche Streumunition herstellen, investieren dürfen. Der Vorschlag, der an den Ständerat überwiesen wurde, soll sogar indirekte Finanzierungen verbieten. Bravo Bundesrat, sehr gut, weiter so.

Für Thomas Sutter, dem Sprecher der Bankiervereinigung, ist klar: «dass für uns in der Praxis dadurch Probleme auftreten könnten» und «...es dürfen für die schweizerischen Banken keine Nachteile gegenüber ausländischen Banken entstehen».

Bei jeder Gelegenheit, aus allen Branchen, immer wieder die selbe auswendig gelernte Phrase. Es hört sich an als ob unsere Krawattenhelden keine neuen Ideen entwickeln können. Die internationale Konkurrenz als Argument für schäbige Geschäfte.

Nein, meine Herren, so wie Stromproduktion ohne Strahlenrisiko oder Energieverbrauch ohne Klimabelastung wenn nötig auch teurer werden darf, genau so dürfen Bankenprofite und Dividenden, wegen nicht durch Streubomben getöteter Kinder, kleiner werden.

Liebe Banken, wir haben eine Wegweisende Idee für Sie: Nehmen Sie in Ihre Reglemente einen Wegweisungs Artikel auf. Weisen sie jeden weg, der bei Ihnen in die Rüstungsindustrie investieren will (oder jagen Sie ihn gleich zum Teufel). Dies gäbe mal eine erfolgreiche Werbekampagne.

Wer bei der schweizerischen Friedensbewegung investiert, erhält keine Dividende, aber vier mal im Jahr «Unsere Welt». Um die Herausgabe weiterhin zu ermöglichen bitten wir Sie um Ihre Unterstützung.

Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7

Ruedi Moser, Sekretär SFB

Fortsetzung von Seite 1

liberalen Diktat der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds unterworfen. Diese zwangen sie zur «Öffnung ihrer Märkte» und zur neoliberalen «Sturkturanpassung», was mit umfassenden Privatisierungen verbunden war. So gerieten diese Länder in die Rolle einer von den Zentren des Imperialismus abhängigen Peripherie als blosse Rohstofflieferanten und Billiglohnländer, als «verlängerte Werkbank» für die Zulieferer- und Montagefilialen der grossen europäischen und amerikanischen transnationalen Konzerne.

Und genau dies war auch die Entstehungsgeschichte der reaktionären despotischen Regimes. Diese Regimes wurden gebraucht, um anstelle der früheren nationalen Befreiungsperspektive die Unterwerfung unter imperialistische Rohstoff- und Profit- sowie globalstrategische Stützpunktinteressen durchzusetzen. Diesen Interessen dienten die reaktionären Regimes als Statthalter, wofür sie von den imperialistischen Grossmächten jahrzehntlang gern auch mit Geld und Waffen tatkräftig unterstützt wurden.

«Facebook-Revolutionen»?

Bemerkenswert ist, dass die Volkserhebungen nicht zuerst in den ärmsten Ländern Afrikas aufbrachen, sondern in den ökonomisch etwas weiter entwickelten nordafrikanischen Staaten. Gerade durch die etwas stärkere ökonomische Entwicklung war dort eine grössere Schicht von jungen Menschen mit guter Ausbildung entstanden, die unter den Bedingungen der abhängigen neokolonialen Entwicklung in ihrer Heimat keine Arbeitsplätze und keine lebenswerte Zukunft fanden. Diese Schicht verfügte auch über entsprechende Kenntnisse der Handy- und Internetnutzung. Damit spielte sie bei der Auslösung der Massenproteste eine initiiierende Rolle.

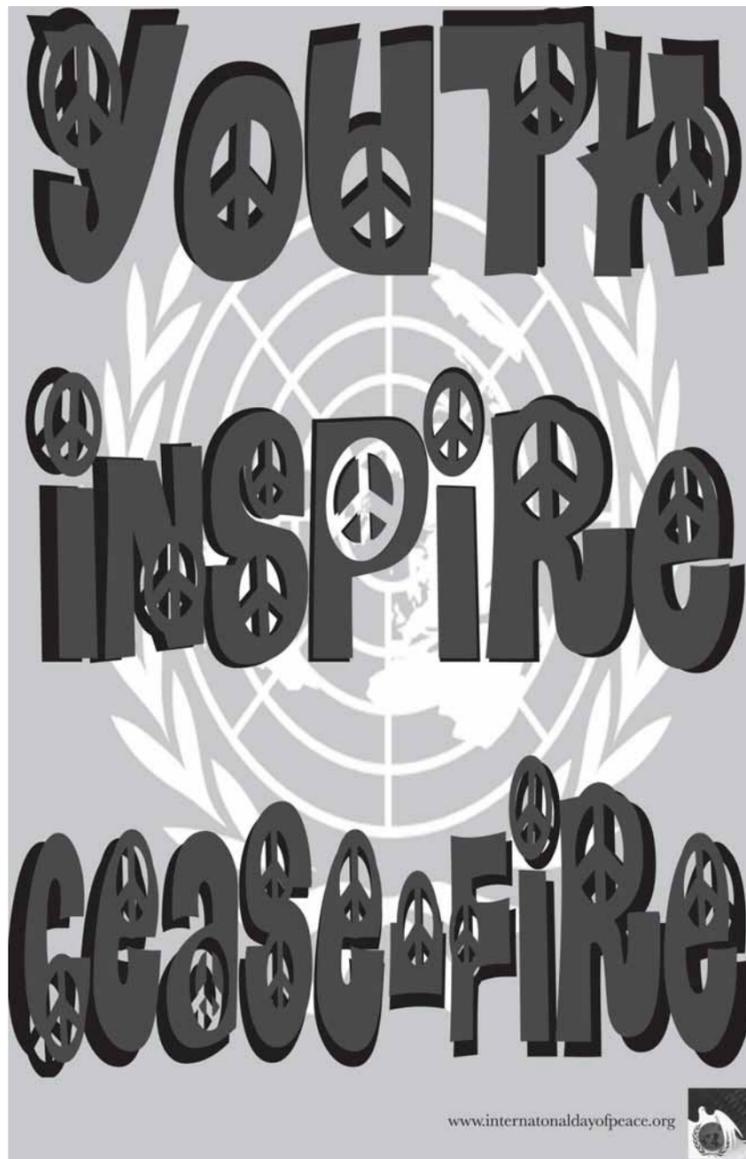
Aber es ist dennoch falsch, von «Facebook-Revolutionen» zu reden. Denn allein wären diese jungen Leute auch mit allen Kenntnissen der modernen Handy- und Internetnutzung nicht in der Lage gewesen, sich durchzusetzen. Erst die Verbindung ihrer «Initialzündung» mit der generellen Unzufriedenheit der Arbeiterklasse und der übrigen unteren Bevölkerungsschichten, die teilweise schon in den Jahren zuvor in grossen Streiks und anderen Aktionen ihren Ausdruck gefunden hatte, brachte die tagelang anhaltenden Massendemonstrationen von Millionen zustande, die schliesslich den Sturz der Regimes in Tunesien und Ägypten erzwangen.

Anderer Verlauf in Libyen

Einen ganz anderen Verlauf nahmen die Ereignisse in Libyen.

Ich schliesse nicht aus, dass es auch in Libyen anfänglich ähnliche Ausgangspunkte für Unzufriedenheit und Proteste wie in den Nachbarstaaten gab. Und es stimmt, dass das Gaddafi-Regime darauf mit brutaler Gewalt reagierte. Aber im Unterschied zu Tunesien und Ägypten wurde daraus kein das ganze Land umfassender Massenaufstand.

Statt dessen entstand aus lokal begrenzten Unruhen sehr schnell ein bewaffneter Kampf zwischen Gruppen von Aufständischen und der Gaddafi-Armee um die Beherrschung einzelner Städte und Regionen, vor allem der ostlibyschen Ölregion – ein deutlich in regionalen Abgrenzungen verlaufender Bürgerkrieg. Dabei spielten alte Stammes- und Clan-Strukturen offenbar, wie auch in westlichen Medien zu lesen war, eine massgebliche Rolle.



«Jugend für Waffenstillstand» – UNO-Plakat zum Weltfriedenstag

Dialog nicht erwünscht

Einen deutlichen Unterschied gab es von Anfang an auch in der Haltung der westlichen Regierungen. Die Demonstranten in Tunesien und Ägypten waren während der Höhepunkte der Auseinandersetzung von den westlichen Metropolen immer wieder zu friedlichem Verhalten und zum «Dialog» mit den jeweils herrschenden Machthabern angehalten worden. Im Fall Libyen war von einer westlichen Aufforderung zum «Dialog» mit dem bestehenden Regime nichts zu hören. Ganz im Gegenteil: Washington, Brüssel, Paris, London und Berlin ermunterten von Anfang an offen zum Sturz Gaddafis mit bewaffneter Gewalt und erklärten dies auch zu ihrem eigenen Ziel.

Es ist nachgewiesen, dass US-amerikanische und britische Geheimdienste schon in Bengasi aktiv waren und Drähte zogen, bevor der Aufstand begonnen hatte. Entscheidende Figuren des «Nationalen Übergangsrates», so der selbsternannte Regierungschef Dschibril und der Wirtschafts- und Ölminister Tarhuni, haben jahrelang in den USA gelebt, studiert und als neoliberale Wirtschaftsprofessoren agiert, bevor sie nach Libyen zurückkamen. Auch der militärische Chef der «Rebellarmee», Khalifa Hifter, ein ehemaliger Oberst der Gaddafi-Armee, der Ende der 80er Jahre in die USA ging, lebte 20 Jahre lang in Langley, dem Sitz der CIA in Virginia und soll erst am 14. März von dort zurückgekommen sein. Die aus dem Gaddafi-Apparat übergelaufenen Funktionäre waren in den letzten Jahren aktiv mit der Entwicklung der «neuen Beziehungen» Libyens zu den USA und der EU und an der Privatisierung libyscher Staatsbetriebe beschäftigt. Das wollen sie jetzt im neuen Rahmen nahtlos fortsetzen.

Sicher wäre bei diesen Leuten nur eines: Wenn sie tatsächlich die Oberhand bekämen, wären sie völlig abhängige und deshalb auch treue Willensvollstrecker der imperialistischen Hauptmächte. Libyen würde unter ihrer Herrschaft zum Eldorado westlicher Konzerne und zu einem

entscheidenden Stützpunkt der NATO in Nordafrika. Mit den echten Interessen des libyschen Volkes hat dies nichts zu tun.

Gegenreaktion

Damit sind wir bei der westlichen Militärintervention in Libyen, mit der seit dem 19. März unter dem Vorwand einer «humanitären» Verpflichtung zum «Schutz der Zivilbevölkerung» versucht wird, den Aufständischen den Weg von Bengasi nach Tripolis frei zu bomben.

Die ganze Absurdität der Behauptung, dass es um humanitäre Ziele und Demokratie gehe, wird an den regionalen Unterstützern sichtbar, die die NATO für dieses Unternehmen gewonnen hat. Es sind die reaktionärsten Machthaber der ganzen Region, die Könige von Saudi-Arabien und Katar, die Ölscheichs der Golf-Emirate, die in ihren eigenen Ländern von demokratischen Staatsformen und Respektierung der Menschenrechte meilenweit entfernt sind, die in Bahrain demokratische Proteste mit Hilfe von einmarschierenden saudischen Truppen niederschlugen, ohne dass sich der Westen darüber aufgeregt hätte, die aber nun in Libyen plötzlich bei der Einführung von Demokratie helfen sollen.

Was die USA und die EU in Libyen tatsächlich im Visier haben, liegt auf der Hand. Wie im Irak und in Afghanistan steckt hinter dem Gerede von «Humanität», Demokratie und Menschenrechten die westliche Interessengemeinschaft an Öl, Macht und Profit.

Mehr noch als das Öl fällt für die Planer der Globalstrategie der USA und der EU aber die geostrategische Bedeutung Libyens ins Gewicht. Ein Brückenkopf in Nordafrika ist für die NATO-Staaten gerade heute von grösster geopolitischer Bedeutung, nachdem der bisherige wichtigste Stützpfiler der US-Nahostpolitik neben Israel, nämlich das Ägypten Mubaraks, weggefallen ist. Und welche Kräfteverhältnisse sich zukünftig in Tunesien, Ägypten und möglicherweise noch in anderen Staaten der Re-

gion herausbilden werden, ist völlig unsicher. Da ist ein Regime in Libyen, das den westlichen imperialen Bestrebungen in Nordafrika, im Mittelmeerraum und im Nahen Osten Schützenhilfe leistet, von zentraler Bedeutung.

Die Militärintervention in Libyen muss deshalb als eine imperialistische Gegenreaktion auf die revolutionären Erhebungen in Tunesien und Ägypten begriffen werden.

Allerdings steckt diese Operation derzeit in einer Sackgasse. Die sogenannten «Rebellen» waren selbst mit massiver westlicher Luftunterstützung nicht in der Lage, den Westteil Libyens zu erobern. Nun sollen westliche Verbindungsoffiziere und Militärberater in Bengasi – wie einst in Vietnam – sowie Waffenlieferungen aus Katar und der Einsatz US-amerikanischer unbemannter Kampfdrohnen wie in Pakistan Abhilfe schaffen.

Aber es ist absehbar, was Experten vorhergesagt haben: ein militärischer Sieg über Gaddafis Armee ist ohne direkten Einsatz von NATO-Bodentruppen kaum zu erreichen. Deshalb mehrten sich in jüngster Zeit propagandistische Kriegsberichterstattung und Stimmen, die den direkten Einsatz von westlichen Bodentruppen vorbereiten sollen. Natürlich wieder unter dem falschen Etikett eines «militärischen Schutzes» für «humanitäre Hilfslieferungen».

Die einzige wirklich humanitäre Lösung in dieser Situation ist und bleibt meiner Ansicht nach die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen auf beiden Seiten, einschliesslich der Einstellung der NATO-Intervention in allen ihren Formen, sowie die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über eine friedliche Regelung der Streitfragen gemäss dem Vermittlungsvorschlag der Afrikanischen Union (AU). Dies würde auch Verhandlungen über die Einführung demokratischer Reformen in Libyen einschliessen, wie es in dem von Gaddafi akzeptierten Vermittlungskonzept der AU vorgesehen ist.

Echte Veränderungen lassen noch warten

Noch einige Bemerkungen zur generellen Entwicklung und ihren Perspektiven vor allem in Tunesien und Ägypten.

Es wurde schon gesagt, dass die Frage, wohin die Entwicklung im nordafrikanisch-arabischen Raum letztlich führen wird, noch völlig offen ist. Hama Hammami, der Generalsekretär der aus der Illegalität aufgetauchten Kommunistischen Arbeiterpartei Tunesiens, brachte es auf die Formel: die Diktatoren sind beseitigt, aber noch nicht die Diktaturen.

Man kann also mit Sicherheit sagen: der Kampf um die Verwirklichung der Anliegen der Volksmassen ist auch in Tunesien und Ägypten noch lange nicht zu Ende. Der Hauptteil der dafür notwendigen Auseinandersetzungen steht noch bevor.

Waffenstillstand in Libyen – sofort!

Der erste Schritt zur Beendigung eines Krieges ist ein Waffenstillstand. Und zwar ein bedingungsloser. Ein anderes Mittel gibt es nicht. Die Schweiz als neutraler Staat hat zu allen Zeiten und in den unterschiedlichsten Regionen der Welt Waffenstillstandsverhandlungen vermittelt (z.B. in Georgien). Warum tut sie das nicht in Libyen? Sind 890 000 Kriegsflüchtlinge («Der Bund, 4. Juni 2011») nicht genug? Ist unserer Regierung nicht klar, dass durch die NATO-Dauerbombardierung die UN-Resolution 1973 «zum Schutz der Zivilbevölkerung» längst ad absurdum geführt ist?

Auffallend ist, dass Kernfragen der künftigen Wirtschaftsentwicklung, aber auch Fragen wie die künftige Haltung zu Israel und zur Nahostpolitik der USA bisher noch kaum in der Debatte zu stehen scheinen. Die Linkskräfte einschliesslich kommunistischer und sozialistischer Parteien sind infolge der jahrelangen Verfolgung schwach und müssen sich erst neu organisieren. Ähnliches gilt für die Gewerkschaften, die sich zum Teil erst aus der Einbindung in die bisherigen Regimes lösen müssen.

Notwendige ökonomische Umorientierung

Eine Kernfrage für den weiteren Gang der Dinge ist die Verbindung des Kampfes um politische Demokratie mit dem Kampf um soziale Demokratie und reale soziale Fortschritte für die Menschen. Unausweichlich wird dabei auch das künftige Verhältnis zum Auslandskapital zur Debatte stehen. Sollen die nordafrikanischen Länder weiter in der Rolle von blosen Rohstofflieferanten und Anbietern billiger Arbeitskräfte bleiben? Oder kommt es zu einer Umorientierung weg von der Orientierung auf Rohstoffexporte und Zulieferindustrien, hin zu einer eigenständigen, von den nationalen Interessen bestimmten Wirtschaftspolitik?

Selbst wenn angesichts der derzeitigen realen Kräfteverhältnisse in der unmittelbar nächsten Phase nur bürgerlich-demokratische Regimes mit mehr politischer Freiheit für Gewerkschaften und Linkskräfte entstehen, wäre dies in meiner Sicht der Dinge ein nicht zu unterschätzender Fortschritt und eine wertvolle Errungenschaft für die weitere Entwicklung.

Denn die neokoloniale Ausbeutung durch die transnationalen Konzerne wird durch die Einführung bürgerlich-demokratischer Formen des innenpolitischen Lebens nicht beseitigt. Die Folgen dieser neokolonialen «Integration» in die Weltwirtschaft sind mit «Demokratie» nach westlichem Muster, ohne tiefgehende soziale Veränderungen nicht zu bewältigen. Das heisst: nicht ohne Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen an den Naturre Ressourcen und an dem produzierten Ertrag der menschlichen Arbeit.

Deshalb werden gerade dann, wenn Gewerkschaften, Linkskräfte, Kommunisten und Sozialisten sich jetzt eine grössere politische Bewegungsfreiheit erkämpfen können, die Fragen nach der ökonomischen Orientierung und damit die Fragen nach einem anderen Verhältnis zu den imperialistischen Hauptstaaten immer wieder auf die Tagesordnung kommen.

Harte Kämpfe stehen also noch bevor. Das wird kein Spaziergang. Möglich ist aber sehr wohl, dass sich aus diesen Prozessen ein qualitativer Sprung in der Entwicklung der regionalen und internationalen Kräfteverhältnisse ergibt.

Wir, zwei Schweizer Sektionen von weltweiten Frauen-Friedensorganisationen (Women's International League for Peace and Freedom WILPF und Internationale Demokratische Frauenföderation IDFF) haben schon vor Wochen an die Bundespräsidentin geschrieben, der Bundesrat möge sich für einen Waffenstillstand einsetzen.

Wir fordern alle Organisationen und Privaten auf: Verlangt von unserer Regierung vollen Einsatz für einen sofortigen bedingungslosen Waffenstillstand in Libyen!

WILPF Schweiz
Schweizerische Frauenvereinigung
für Frieden und Fortschritt SFFF

רחל אבנרי

האחת והיחידה, שותפה לחיים ולמאבק
כלת פרס-נובל האלטרנטיבי לשלום

אינה

היא הוציאה את נשמתה בשלווה, בלי כאבים, אחרי מחלה ממושכת.
על פי רצונה נמסרה הגופה לשריפה. האפר פוזר בשפת הים.
נא להימנע לגמרי מביקורי-ניחומים, טלפונים או מסרים.
בנוא העת נקיים ערב לזכרה.

אורי אבנרי

Trauer um Rachel

Am 21. Mai 2011 starb in Tel Aviv im Alter von 79 Jahren die israelische Friedensaktivistin Rachel Avnery. Rachel war 58 Jahre lang mit dem früheren Knesset-Abgeordneten und Journalisten Uri Avnery verheiratet. «Rachel Avnery, die eine und einzige Partnerin in Leben und Kampf, Empfängerin des Alternativen Nobelpreises, ist nicht mehr da», heisst es in der Todesanzeige. «Sie verstarb friedlich und ohne Schmerzen, nach langer Krankheit.»

Die Redaktion der UW und die Schweizerische Friedensbewegung entbieten ihrem guten Freund Uri Avnery ihr herzliches Beileid.

In einem Artikel, den er verfasste, um sich zu «helfen, das Unannehmliche anzunehmen» und den Ellen Rohlf übersetzte, würdigte Uri Avnery seine langjährige Partnerin. Er schrieb u.a.:

Wenn ein Mensch mit einem Wort gekennzeichnet werden könnte, dann war es bei ihr: Empathie.

Sie hatte eine unheimliche Fähigkeit, die Gefühle anderer nachzuempfinden. Ein Segen und ein Fluch. Wenn jemand unglücklich war, so war sie es auch. Keiner konnte seine innersten Gefühle vor ihr verbergen.

(...) In vielerlei Hinsicht ergänzten wir einander. Ich neige zu abstraktem Denken, sie zu emotionaler Intelligenz. Ihre Weisheit schöpfte sie aus dem Leben. Ich bin introvertiert; sie ging auf die Menschen zu, obwohl sie ihre Privatsphäre schätzte. Ich bin ein Optimist; sie war eine Pessimistin. In jeder Situation sah ich positive Chancen; sie sah die Gefahren. Ich stand jeden Morgen fröhlich auf, bereit für die Abenteuer eines neuen Tages; sie stand spät auf mit dem Gefühl, dass der Tag nicht gut sein würde. (...)

58 Jahre lang las sie vor der Veröffentlichung jedes Wort, das ich schrieb. Das war nicht einfach. Rachel hatte strenge Prinzipien und hielt sich an sie. Einige meiner Seiten waren voll roter Korrekturen. Zuweilen hatten wir ernste Diskussionen, aber am Ende gab einer nach – gewöhnlich ich. Bei den seltenen Gelegenheiten, bei denen wir uns nicht einig werden konnten, schrieb ich, was ich wollte (und bedauerte es mehr als einmal).

Sie strich alle persönlichen Angriffe aus, die sie als ungerecht empfand. Auch Übertreibungen.

Jede logische Schwäche – sie fand jeden Widerspruch, der mir entgingen war. Sie verbesserte mein Hebräisch. Aber meistens fügte sie das Zauberwort «fast» hinzu.

Ich neigte zum Verallgemeinern. «Alle Israelis wissen...», «Politiker sind zynisch...» – Sie veränderte dies in «Fast alle Israelis...», «die meisten Politiker sind...» Wir scherzten, dass sie meine Artikel mit «fast» bestreute, wie ein Koch Salz über die Suppe streut.

Sie schrieb nie selbst einen Artikel. Noch gab sie Interviews. Auf solche Fragen hin antwortete sie: «Wofür habe ich denn einen Sprecher geheiratet?»

Ihr wirkliches Talent lag wo anders. Sie war die perfekte Lehrerin, eine Berufung, die sie 28 Jahre lang ausübte.

(...) Eltern mit Verbindungen liessen ihre Beziehungen spielen, um ihre Kinder in ihre Klasse zu bekommen. Es gab einen Witz, dass Mütter ihre Schwangerschaft so planten, dass

das Kind dann sechs Jahre alt sein würde, wenn Rachel wieder in der ersten Klasse unterrichtete. (Sie war nur einverstanden, die erste und zweite Klasse zu unterrichten – als letzte Chance, den Charakter eines Kindes zu formen.)

Ihre Schüler schlossen Kinder von berühmten Künstlern und Literaten ein. Vor kurzem rief uns ein Mann mittleren Alters auf der Strasse zu: «Lehrerin Rachel, ich war ihr Schüler in der ersten Klasse, ich verdanke Ihnen alles!»

Wie machte sie das? Indem sie die Kinder wie Menschen behandelte und bei ihnen die Selbstachtung entwickelte. Wenn ein Junge nicht lesen konnte, gab sie ihm den Auftrag, für Ordnung im Klassenzimmer zu sorgen. Wenn ein Mädchen von hübscheren Klassenkameradinnen zurückgewiesen wurde, war sie in einem Spiel die gute Fee. Sie war glücklich, wenn sie sah, dass die Kinder wie Blumen in der Sonne aufblühten. Sie verbrachte Stunden damit, rückständigen Eltern zu erklären, was ihre Kinder benötigten.

Während der Schulferien sehnten sich ihre Kinder in die Schule zurück.

Es war ihr Ziel, ihren Schülern menschliche Werte einzuflössen.

Da gab es die Geschichte von Abraham und dem Begräbnisplatz für Sarah. Ephron, der Hittiter weigerte sich, Geld anzunehmen. Abraham aber bestand darauf zu bezahlen. Nach einem langen und wunderbaren Wortwechsel bringt Ephron dies zu Ende und sagt: «Dieses Land ist 400 Silberschekel wert. Was ist das aber zwischen mir und dir?» (Genesis 23) Rachel erzählte den Kindern, dass dies heute noch so bei den Beduinen sei, wenn sie Geschäfte abschliessen; es führt zu einem Handel auf zivilisierte Weise.

Nach dem Unterricht fragte Rachel die Lehrerin der Parallelklasse, wie sie diese Episode ihren Schülern erklärte. «Ich sagte ihnen, dass dies eine typisch arabische Heuchelei sei. Sie werden alle als Lügner geboren. Wenn er Geld wollte, warum sagte er es dann nicht gleich?»

Ich möchte denken, dass alle Kinder in Rachels Klassen – oder fast alle – bessere Menschen geworden sind.

Ich verfolgte ihre pädagogischen Experimente, und sie meine journalistischen und politischen Abenteuer. Grundsätzlich versuchten wir dasselbe: sie erzog Individuen, ich die Allgemeinheit.

Nach 28 Jahren hatte Rachel das Gefühl, dass sie nicht mehr so wirken konnte, wie sie wollte. Sie glaubte, ein Lehrer solle nicht weitermachen, wenn sein Eifer nachgelassen habe. (...)

Palästinenserproteste:

Einzelschicksal an der Frontlinie

Tausende Palästinenser aus libanesischen Flüchtlingslagern waren Mitte Mai an die israelische Grenze bei Marun al-Ras im Südlibanon geströmt. Sie forderten ein Ende der Besetzung palästinensischer Gebiete durch Israel und das Rückkehrrecht für geflohene und vertriebene Palästinenser und ihre Nachfahren. Die Israelis feuerten Tränengasgranaten und scharfe Munition auf die Demonstranten ab. Sechs von ihnen wurden getötet und 70 weitere verletzt, darunter Munib Masri (22). Robert Fisk hat ihn an seinem Krankenbett in einem Beirut Spital besucht.

Von Robert Fisk

Munib ist Teil der arabischen Revolution, auch wenn er das nicht von sich behaupten würde. Er wirkte wie jemand, der unter Schmerzen leidet, und er hatte tatsächlich Schmerzen. Eine Infusion hing an seinem rechten Arm. Er hatte Fieber. Munib war durch eine israelische 5.56mm-Kugel verwundet worden. Ja, es war eine israelische Kugel, denn Munib war Teil der unbewaffneten Menschenmenge gewesen – Palästinenser und Libanesen – die sich vor zwei Wochen an der Grenze zu jenem Land postiert hatte, das sie als «Palästina» bezeichnen. Zu Tausenden sahen sie sich einer scharf schießenden Israelischen Armee gegenüber.

«Ich war wütend, irrsinnig wütend – gerade hatte ich gesehen, wie die Israelis ein kleines Kind trafen», sagte Munib zu mir. «Ich ging näher an den Grenzzaun heran. Die Israelis haben so viele Menschen angeschossen. Als ich getroffen wurde, war ich gelähmt. Meine Beine trugen mich nicht mehr. Dann begriff ich, was passiert war. Meine Freunde trugen mich weg.» Ich fragte Munib, ob er glaube, dass er Teil des Arabischen Frühlings sei. Er verneinte. Er habe nur gegen den Verlust des Landes (Palästina) protestieren wollen, sagte er. «Was in Ägypten und Tunesien passiert ist, fand ich gut. Ich bin froh, dass ich an die libanesischen Grenze gegangen bin, andererseits bedauere ich es aber.»

Kein Wunder. Mehr als 100 unbewaffnete Demonstranten wurden bei dieser palästinensisch-libanesischen Demonstration verletzt. Die Demo fand zum Gedenken an die Vertreibung und den Exodus von 750 000 Palästinensern im Jahre 1948 statt (Nakba [Katastrophe] am 15. Mai – Anmerkung d. Übersetzerin). Sie haben ihre Heimat verloren, die auf dem Mandatsgebiet des damaligen Palästina lag. Sechs Palästinenser wurden bei dieser Demo getötet. Zu den jüngsten Opfern, die durch Kugeln starben, zählen auch zwei kleine Mädchen, sechs und acht Jahre alt. Sie waren wohl Ziele in Israels «Krieg gegen den Terror». Dies gilt wahrscheinlich auch für die Kugel, die den 22-jährigen Geologiestudenten Munib traf. (Er studiert an der American University in Beirut.) Die Kugel hat furchtbare Schäden verursacht. Sie drang in seine Seite ein, durchschlug eine Niere, traf die Milz und zerschellte in seinem Rückgrat. Ich hielt die Kugel gestern in der Hand. Sie war in drei braun funkelnde Metallteile zersplittert – in Munibs Körper zersplittert. Natürlich kann er froh sein, dass er überhaupt noch lebt.

Ich nehme an, dass es für ihn von Vorteil ist, dass er die US-amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt – wengleich ihm das wenig genützt hat. Gestern habe die US-Botschaft eine Diplomatin zu seinen Eltern ins Krankenhaus geschickt, berichtete mir seine Mutter. «Ich bin am Boden zerstört, traurig, wütend – ich wünsche keiner israelischen Mutter, dass ihr so etwas passiert. Die US-amerikanischen Diplomaten kamen hierher ins Krankenhaus, und ich erklärte ihnen Munibs Situation. Ich sagte: «Ich möchte Ihnen gerne eine Botschaft an Ihre Regierung mitgeben – um sie unter Druck zu setzen, damit sie ihre hiesige Politik ändert. Wenn dies einer

israelischen Mutter widerfahren wäre, stünde die Welt jetzt kopf.» Sie (die US-amerikanische Diplomatin) sagte zu mir: «Ich bin nicht hier, um über Politik zu diskutieren. Wir sind hier, um soziale Unterstützung zu gewähren und um Sie, falls Sie dies wünschen, zu evakuieren und Ihnen bei Zahlungen zu helfen.» Ich sagte, ich bräuchte nichts von alledem – aber ich müsse ihr die Situation erklären.»

Es steht US-Diplomaten frei, die Meinung von Bürgern an die US-amerikanische Regierung weiterzuleiten. Doch die Reaktion dieser Diplomatin ist nur allzu typisch. Munib ist zwar US-Amerikaner, aber die Kugel, die ihn getroffen hat, stammt von der falschen Seite. Es ist keine syrische oder ägyptische sondern eine israeli-

sehr aufgeregt wegen des bevorstehenden Marsches zur Grenze. Die Studierenden und Leute von der Universitätsfakultät wurden in drei oder vier Bussen hingefahren. Er stand am Sonntagmorgen um 6 Uhr 55 auf. Gegen 16 Uhr rief mich Munibs Tante Mai an und fragte, ob es irgendwelche Neuigkeiten gäbe. Da beschlich mich ein un gutes Gefühl. Danach rief mich mein Mann an und sagte, Munib sei am Bein verletzt.»

In Wirklichkeit war es weit schlimmer. Munib hatte soviel Blut verloren, dass die Ärzte am Bent-Jbeil-Krankenhaus glaubten, er würde sterben. UNO-Peacekeeper flogen ihn mit dem Hubschrauber nach Beirut. Die UNO-Peacekeeper waren dem Maroun-al-Ras-Abschnitt der Grenze (zwischen Israel und Libanon) während der fünfständigen Demonstration ferngeblieben – mit verheerenden Folgen.

Viele von denen, die mit Munib an die Grenze gekommen waren, leben in Flüchtlingslagern. Im Gegensatz zu Munib haben sie das Land noch nie besucht, aus dem ihre Eltern stammen. Einige haben es nie gesehen.



15. Mai 2011: Auf dem Marsch nach Marun al-Ras. Foto Shalabieh/Wordpress.com

sche Kugel. Über so etwas wird nicht gerne diskutiert, und sicherlich lässt sich eine US-Diplomatin von einer solchen Kugel nicht zu Massnahmen überreden. Schliesslich reagierte der US-Kongress auf Benjamin Netanjahu mit 55 Ovationen. Das ist mehr als bei einem Kongress der Baath-Partei in Damaskus durchschnittlich geklatscht wird. Warum sollte Munibs Regierung sich um ihn scheren?

Tatsächlich war Munib schon oft in Palästina. Munibs Familie stammt aus Beit Jala beziehungsweise Bethlehem. Er kennt die Westbank gut. Allerdings sagte er mir, er befürchte, verhaftet zu werden, wenn er das nächste Mal dorthin reist. Es ist nicht leicht, Palästinenser zu sein – egal auf welcher Seite einer Grenze. Mouna Masri wurde wütend, nachdem ihre Schwester ihren Mann gebeten hatte, für sie die Aufenthaltserlaubnis für Ost-Jerusalem zu erneuern: «Die Israelis beharrten darauf, dass sie von London persönlich herkommt, dabei wussten die doch, dass sie (die Schwester) Chemotherapie bekommt.»

«Zwei Tage, bevor Munib verletzt wurde, war ich in Palästina. Ich habe meinen Schwiegervater in Nablus besucht. Ich sah meine ganze Familie und war glücklich, aber weil ich Munib so sehr vermisst habe, kehrte ich wieder nach Beirut zurück. Er war

Munibs Tante Mai sagte, viele von denen, die mitmarschiert seien, die mit Bussen zur Grenze gekommen seien, hätten eine Brise gespürt, die über die israelische Grenze herübergeweht sei: «Sie sagen sie ein, es war wie eine Art Freiheit», sagte sie. Da haben wir's.

Munib glaubt vielleicht nicht, dass er Teil des «Arabischen Frühlings» ist, aber er ist Teil des «Arabischen Erwachens». Obgleich er noch ein Heim in der Westbank hat, beschloss er, sich an die Seite der Enteigneten zu stellen, deren Häuser im heutigen Israel liegen und mit ihnen zu marschieren. «Es war keine Angst zu spüren», sagt sein Onkel Munzer. «Diese Menschen wollten Würde. Und mit der Würde kommt der Erfolg». Das riefen auch jene Menschen in Tunesien – und die in Ägypten und die im Jemen und in Bahrain und in Syrien. Ich nehme an, dass Obama – trotz seines Kots vor Netanjahu – das verstanden hat. Er hat – auf seine eher feige Weise – versucht, die Israelis zu warnen. Das Arabische Erwachen schliesst die Palästinenser mit ein.

Robert Fisk ist Journalist des Londoner «Independent» und regelmässiger Autor von ZNet, ausserdem schreibt er für «The Nation» und weitere Publikationen. Quelle: The Independent / ZCommunications. Übersetzung Andrea Noll

Von der Fiktion zu den Fakten

Nikita Sergejewitsch war's

Vor fünfzig Jahren, am 13. August 1961, begann in Berlin der Bau der Mauer oder, wie es im Jargon der DDR hiess, des «antifaschistischen Schutzwall». Wie, wo und warum die Entscheidung zur Schliessung der Grenzen erfolgte, beleuchtet Prof. Dr. Siegfried Prokop, Autor der Bücher «Unternehmen «Chinesische Wall», Die DDR im Zwielflicht der Mauer» (1992/93) und «Die Berliner Mauer. Fakten, Hintergründe, Probleme» (2009).

Von Siegfried Prokop

Ohne Zweifel sind die vorherrschenden Darstellungen zum Thema «Mauer» in Deutschland tendenziös. Die offiziellen Geschichtspublikationen stehen in voller Absicht mit der historischen Wahrheit auf Kriegsfuss. Das wird auch im Ausland registriert. So schrieb der australische Deutschlandexperte Andrew H. Beattie, die Geschichtsaufarbeitung in der heutigen Bundesrepublik sei geprägt durch «oversimplified western success stories» (vereinfachte westliche Erfolgsgeschichten) auf der einen und durch «eastern horror stories» (ostdeutsche Horrorgeschichten) auf der anderen Seite. Geschichtsbetrachtung werde von aktuellen Westnormen bestimmt, ostdeutsche Erfahrungen würden marginalisiert. Der Einigungsprozess werde dadurch stark belastet. So der Befund des Australiers in seiner Studie «Learning from the Germans?»

Thomas Grossbölting, Historiker an der Universität Münster, erklärt, warum dem so ist: «Die geschichtspolitische Auseinandersetzung ist zuvörderst eine Funktion des Verhältnisses, in dem sich die Deutschen zur Berliner Republik befinden. Ihr Ansinnen oder ihr «Code» ist nicht die Suche nach «wahr» oder «falsch», sondern die Nutzung des Vergangenheitsbezugs für das Heute.»

Chruschtschows Memorandum

Wider den historischen Fakten wird vor allem nachzuweisen versucht, dass Walter Ulbricht derjenige war, der den Bau der Mauer durchgesetzt habe. Suggestiert wird dies beispielsweise schon im Titel eines soeben auf den Markt gelangten Buches: «Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach». Selten sind Bekundungen westlicher Zeitzeugen zu finden, die dem Mainstream entgegenstehen. Dabei haben frühere Veröffentlichungen westlicher Provenienz durchaus den konkreten historischen Bedingungen, Gesprächen und Entscheidungen in den damals sich konträr gegenüberstehenden Blöcken, insbesondere in Moskau und Washington, Aufmerksamkeit geschenkt.

Der ehemalige bundesdeutsche Botschafter in Moskau, Hans Kroll, schrieb in seinen Erinnerungen (1967), Nikita S. Chruschtschow habe ihm anvertraut, dass es zwei Möglichkeiten zur Lösung der Berlin-Krise gegeben hätte: die Lufttransportsperrung oder die Mauer. Offensichtlich hat nach dem ergebnislosen Treffen zwischen dem sowjetischen Partei- und Staatschef und dem US-Präsidenten John F. Kennedy am 3./4. Juni 1961 in Wien die Sowjetunion Kurs auf einen separaten Friedensvertrag mit der DDR genommen. Chruschtschow überreichte Kennedy noch am 4. Juni ein Memorandum, in dem er diesen ankündigte. Im Ergebnis eines separaten Friedensvertrages sollten die Besatzungsrechte in Berlin erlöschen: «Insbesondere werden die Fragen der Benutzung der Verbindungswege auf dem Lande, zu Wasser und in der Luft, die über das Territorium der DDR führen, nicht anders zu lösen sein als auf der Grundlage entsprechender Übereinkommen mit der DDR.»

Auf einer internationalen Pressekonferenz am 15. Juni 1961 erklärte

Ulbricht auf eine Anfrage von Annemarie Doherr von der «Frankfurter Rundschau», dass niemand die Absicht habe, eine Mauer zu errichten. Von einer Mauer mitten durch Berlin war seit 1948 in West und Ost in unterschiedlichen Zusammenhängen die Rede gewesen. Auf die Frage des «Spiegel», ob die Kontrolle über die Luftsicherheit auch die Kontrolle



Mauern, über die niemand spricht: Seit Beginn der Operation Gatekeeper, welche die Grenze zwischen den USA und Mexiko seit 1994 auf einer Länge von über 1000 Kilometern sukzessive mit einem Eisenzaun versah, kamen mindestens 5 600 Migranten aus dem Süden beim Versuch ums Leben, den Todesstreifen zu überwinden. Foto Maurice Sherif/www.aclu.org

der Passagiere einschliesse, erklärte Ulbricht: «Ob die Menschen zu Lande, zu Wasser oder in der Luft in die DDR kommen, sie unterliegen unserer Kontrolle... Wir machen es genauso, wie man es in London macht. Damit ist die Sache in Ordnung.»

Am 28. Juni 1961 veröffentlichte das Post- und Verkehrsministerium der DDR eine Anordnung, dass alle Flugzeuge, die in die DDR einfliegen oder ausfliegen, ab 1. August des Jahres die Radiosicherungsbehörden der DDR zu informieren und nur deren Frequenzen zu nutzen hätten.

Kennedy unter Druck der Falken

Es besteht kein Zweifel, im Juni 1961 ging es auch Ulbricht nicht um den Mauerbau. Luftkontrolle war angesagt; es ging um die letzten fünf Prozent der noch nicht kontrollierten Verbindungen zu und von Westberlin. Es war bestimmt kein Zufall, dass zu dieser Zeit ein Zentrales Jugendobjekt der FDJ in einer Hauruck-Aktion den Flughafen in Berlin-Schönefeld für Düsenpassagierflugzeuge ausbauen sollte. Ein Lied aus jenem Jahr, getextet von Roger Reinsch, zeugt davon. Der Refrain verkündete stolz: » Nach Nikita werden landen/ hier aus England die Gesandten,/ auch für die aus USA/ ist der Flugplatz da./ Staatsbesuch aus Bonn am Rhein/ wird uns auch willkommen sein./ Doch wir haben uns verboten:/ Für den Platz Atomraketen!«

Sowohl die Sowjetunion als auch die DDR wollten also mit Hilfe des separaten Friedensvertrages die Kontrolle über die Verbindungswege in die Hand der DDR legen. Dadurch wären sowohl der Westberliner Senat als auch die Westmächte zu Verhandlungen mit der DDR gezwungen gewesen, was die De-facto-Anerkennung der DDR eingeschlossen hätte.

Welche Überlegungen gab es nun auf der anderen Seite? Kennedy war ein knappes halbes Jahr nach Beginn seiner Amtszeit in einer schwierigen Lage. Das Treffen in Wien wurde ihm als «Desaster» angelastet. An seinen Führungsqualitäten wurde gezweifelt. Die «Falken» kritisierten die Niederlage der amerikanischen Kuba-Politik. Zur negativen Bilanz Kennedys wurde auch die Niederlage im Wettlauf um den ersten bemannten Flug in den Weltraum gezählt. In diese Zeit der Irritationen und Wirrnisse fiel die Kritik Mike Mansfields, Führer der demokratischen Mehrheit im Senat, dass sich die USA an Berlin festklam-

stützt hatte, war schon vorher bei Strauss auf Vorbehalte gestossen. Das schliesslich beschlossene Szenario für die Eventual- und Verteidigungsplanungen der Organisation «Live Oak» (LO) wird bis heute unter Verschluss gehalten. Strauss aber liess in seinen «Erinnerungen» trotz noch geltender Geheimhaltung wissen, dass im Falle einer Luftsperrung zum Zwecke des Erzwingens der Kontrolle über die Zugänge zu Berlin der Abwurf einer Atombombe auf einen sowjetischen Truppenübungsplatz in der DDR vorgesehen war.

Während noch diese riskanten Konzepte ausgeformt wurden, trafen sich am 5. Juli 1961 in Washington der US-amerikanische Präsidentenberater Arthur Schlesinger und der sowjetische Botschaftsrat Georgij Kornijenko. Der Gedankenaustausch endete

te ausdrücklich an. Erst in diesem Zusammenhang machten die «Three Essentials» Kennedys überhaupt Sinn. Diese lauteten: Anwesenheit der drei Westmächte in Berlin, ungestörtes Zugangsrecht für diese sowie Sicherheit und Freiheit der West-Berliner. Das war das Angebot für eine Kompromiss-Lösung.

Kennedy beschränkte sich hier auf westliche Minimalforderungen. Andere «essentials», die im Notenaustausch des Jahres 1961 und in Wien noch eine Rolle gespielt hatten, wie die Gewährleistung der bestehenden Bande zwischen Berlin und der Bundesrepublik, die Freiheit des Zivilverkehrs für Personen und Güter von und nach Berlin sowie die Freiheit des Inner-Berliner Verkehrs über die Sektorengrenzen hinweg, wurden nicht mehr erwähnt.

Aufmerksamkeit verdienen auch folgende Sätze Kennedys: «Heute verläuft die gefährdete Grenze der Freiheit quer durch das geteilte Berlin. Wir wollen, dass sie eine Friedensgrenze bleibt.» William Fulbright, Sprecher des aussenpolitischen Senatsausschusses, wurde am 30. Juli 1961 in einem Fernsehinterview noch deutlicher: «Ich verstehe nicht, warum die Ostdeutschen nicht ihre Grenzen schliessen, denn ich glaube, dass sie ein Recht haben, sie zu schliessen.»

«Rasch und unerwartet»

Der Wechsel vom Konzept der Luftkontrolle zur Grenzschiessung auf dem Lande erfolgte in Moskau erst Ende Juli 1961 und hing vermutlich mit den Gesprächen zwischen Chruschtschow und Kennedys Sonderbotschafter John J. McCloy Ende Juli auf der Krim zusammen, über deren Details bis heute ebenfalls nichts verlautbart wurde. Chruschtschow hat dann allein, wie er dem deutschen Botschafter Kroll gestand, die Entscheidung für den Mauerbau getroffen. Dies bestätigt auch Julij A. Kwizinski, 1961 Dolmetscher von Botschafter Michail Perwuchin in Berlin, in seinen Memoiren: «Dieser (Chruschtschow, S.P.) gab seine Einwilligung, die Grenze zu Westberlin zu schliessen und mit der praktischen Vorbereitung dieser Massnahme unter grösster Geheimhaltung zu beginnen. Die Aktion sollte rasch und für den Westen unerwartet durchgeführt werden.»

Mit der in der Tat dann raschen und überraschenden Schliessung der Grenzen in Berlin am 13. August 1961, vorerst provisorisch mit Stacheldraht bzw. vermauerten Steinplatten, wurde das Ausbluten der DDR gestoppt. Eine viel versprechende Wirtschaftsreform leitete 1963 das erfolgreichste Jahrzehnt der DDR ein, an dessen Ende die weltweite völkerrechtliche Anerkennung stand.

(Nachdruck aus dem «Neuen Deutschland». Mit freundlicher Genehmigung)



Mauern, über die es sich nicht so leicht sprechen lässt: Die israelische Todesmauer auf palästinensischem Gebiet bei Bethlehem. Foto Palestine Note.

Errungenschaften – Herausforderungen – Perspektiven

Schwellenland Vietnam

Weder freie Marktwirtschaft, noch Kommandowirtschaft noch eine Mischform aus beidem: Vietnam sucht seit zwei Jahrzehnten seinen eigenen Weg in eine würdige Zukunft.

Von Nguyễn Huy Quang

In der heutigen Zeit kennt die Menschheit zwei zentrale Formen des Wirtschaftens: die eine, die Marktwirtschaft, die man als ein Produkt des Kapitalismus betrachtet – eine Marktwirtschaft auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die gekennzeichnet ist durch die freie, also unbegrenzte Konkurrenz; und die andere Wirtschaftsform, jene des staatlichen und kollektiven Eigentums der Produktionsmittel, kommandiert, geplant und stark zentralisiert, mit Subventionen aus staatlichen Budgets, wie sie in der Sowjetunion und anderen damaligen sozialistischen Ländern praktiziert wurde, einschliesslich Vietnams. Angesichts der Mängel und Fehler beider Wirtschaftsmodelle, versuchen mehrere Länder der Welt neue Formen einer Mischwirtschaft anzuwenden, welche die Konkurrenz orientierte freie Marktwirtschaft mit makroökonomischen Anpassungen verbinden.

Nun, das was wir in den letzten beiden Jahrzehnten in Vietnam machen, entspricht keiner der drei genannten Formen.

Vietnam ist ein armes Land mit einer rückständigen Wirtschaft, einem tiefen sozialen Niveau und es wurde durch aufeinander folgende Kriege sehr schwerwiegend zerstört. Erinnern wir uns daran, dass während des amerikanischen Krieges die Zahl der Bomben, die über Vietnam abgeworfen wurden, vier Mal so hoch war, wie jene, die während des ganzen Zweiten Weltkrieges eingesetzt wurde, entsprechend 725 Atombomben jener, wie sie auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden. Über drei Millionen VietnamesInnen sind getötet worden, fast vier Millionen wurden verletzt. Die US-Armee hat über dem vietnamesischen Boden 80 Millionen Liter chemischer Produkte versprüht, davon 45 Millionen Liter Agent Orange welche 400 kg Dioxin enthielten, eines der gefährlichsten Gifte überhaupt zu jener Zeit. Millionen von Menschen sind dabei besprüht worden, drei Millionen haben gesundheitliche Schäden erlitten. Dazu kommen Hunderttausende von Kindern, die mit Missbildungen geboren wurden. Und die Folgewirkungen hören nicht auf. Ferner hat der Krieg, den die USA auf unserem Boden führte, Millionen von Hektaren Wald zerstört. Die Mittel um sie wieder herzustellen, müssen erst noch gefunden werden. Und noch 35 Jahre nach diesem Krieg suchen die vietnamesischen Familien 300 000 Angehörige, die in ihrem eigenen Land vermisst werden.

Während langer Zeit hat Vietnam wie manche anderen Staaten auch, die Form des sozialistischen Aufbaus sowjetischen Typs praktiziert. Diese Wirtschaftsform hat wichtige Errungenschaften ermöglicht. Sie hat insbesondere den Bedürfnissen des Landes gedient, das eben aus dem einen Krieg herauskommend sich dem nächsten stellen musste um eine echte, vollständige Unabhängigkeit zu erlangen.

Doch nach der Wiedervereinigung, in den Nachkriegsjahren sind Mängel und Ungenügen immer deutlicher sichtbar geworden. In den letzten Jahrzehnten haben wir schrittweise eine Erneuerung des gesamten Landes begonnen, die man seither unter dem Namen Doi Moi kennt. Auf sozioökonomischer Ebene beruht diese Erneuerung auf einer Entscheidung

von grundlegender Bedeutung, die man wissen muss: Vietnam bleibt seinen sozialistischen Idealen treu. Seiner Marktwirtschaft mit sozialistischer Option gehorcht einerseits den Prinzipien und Gesetzen des Marktes und garantiert gleichzeitig die sozialistische Orientierung in der Entwicklung eben dieser Wirtschaft.

Folglich handelt es sich da um eine organisierte Marktwirtschaft, eine Wirtschaft, welche entschieden auf das Soziale ausgerichtet ist. Sie muss die Fehler und Mängel, die durch die Spontaneität des Marktes entstehen so weit als irgend möglich verringern und hat zum Ziel, den Interessen der Mehrheit des Volkes und der nachhaltigen Entwicklung des Landes zu entsprechen.

Selbstversorger und Exporteur

Die Wirtschaft ist aus dem Stadium der Krise herausgekommen, sie funktioniert täglich aktiver und effizienter. Seit rund 15 Jahren hat sie begonnen, jährlich um 7 – 8% zu wachsen. Von einem Land, das im Durchschnitt eine Million Tonnen Nahrungsmittel pro Jahr importierte, sind wir gegen Ende der 80-er Jahre, genau ab 1989, selbstversorgend und heute ist Vietnam hinter Thailand zum zweitgrössten Re-exporteur auf dem Weltmarkt geworden, zudem ist es eines der führenden Exportländer für mehrere andere landwirtschaftliche Produkte. Der soziale Wohlstand wächst ständig in Richtung einer reichlichen Versorgung. Das materielle und geistige Leben der Bevölkerung hat sich graduell verbessert. Das Land hat nicht allein seine politische Stabilität gesichert angesichts der vielfältigen grossen Umwälzungen in der Welt, es hat auch gute Entwicklungsschritte gemacht. Den Mangel an Nahrungsmitteln zu reduzieren und den Hunger auszumerzen sind zu vorrangigen Aufgaben des Landes geworden. Der Prozentsatz der Bevölkerung, der unter Nahrungsmittelmangel und Armut litt, ist von 75% 1986 auf 21% 2001, auf 13,5% 2008 und auf 9,5% 2010 reduziert worden. Im Durchschnitt ist die Zahl der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, alle 10 Jahre um 50% gesenkt worden.

Der Staat hat der Bildung und dem Gesundheitswesen eine andauernde und spezielle Aufmerksamkeit geschenkt. In den 90-er Jahren haben wir den Analphabetismus überwunden, im Jahr 2000 die allgemeine Grundschule realisiert und wir sind daran, die generelle Sekundarschulstufe (bis zur 9. Klasse) noch in diesem Jahr zu verwirklichen. Die Zahl der täglichen Internet Nutzenden beträgt 25% der Bevölkerung des Landes (über 21 Millionen Männer und Frauen auf eine Einwohnerzahl von 86 Millionen). 1990 war Vietnam in Bezug auf das Niveau der Informatik praktisch noch eine Wüste.

Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen ist von 120 USD 1986 auf 1 027 USD 2008 und auf 1 200 USD 2010 angestiegen. Entsprechend den UNO-Kriterien ist unser Land aus dem Rang eines unterentwickelten Staates zu den Staaten mit mittlerem Einkommen aufgerückt.

Die mittlere Lebenserwartung der Bevölkerung konnte von 62 Jahren 1990 auf 72 Jahre 2007 und auf 73,4 Jahre 2010 angehoben werden.

Der Index der menschlichen Entwicklung (HDI) ist von 0,49% 1991 auf 0,72% 2007 gestiegen. In Vergleich mit andern Staaten des gleichen Entwicklungsniveaus und einem

gleichwertigen Nationaleinkommen, erreicht Vietnam heute hohe HDI-Werte und steht derzeit auf dem 108. Platz unter den 177 Staaten.

Nach den letzten Einschätzungen der UNO von 2010 ist unser Staat der erste auf der Welt, welcher alle UNO-Millenniums-Ziele der Entwicklung erreicht hat.

Der Platz Vietnams in der Welt

Parallel zu diesen bedeutenden sozioökonomischen Errungenschaften sind wir aus der Isolierung herausgetreten und wir erweitern ohne Unterlass unsere Aussenbeziehungen, sowohl auf



Eine Delegation der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB) und der Vereinigung Schweiz-Vietnam beim vietnamesischen Staatspräsidenten Nguyen Minh Triet. Foto zvz.

der diplomatischen Ebene, wie auch auf der Ebene des Handels und in Bezug auf unsere regionale und internationale Integration.

Während wir unsere Aussenbeziehungen diversifizieren, achten wir sehr auf die Vertiefung und den Ausbau unserer traditionellen freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit mit unseren FreundInnen in der Welt sowie den Staaten des Südens. Kuba unterstützen wir ständig, ebenso den Kampf des palästinensischen Volkes, die gerechte Sache aller Völker der Welt. In der Bewegung der Blockfreien Länder arbeiten wir aktiv mit für eine friedliche und gerechte Welt.

Das auf sozioökonomischer Ebene Erreichte verdanken wir zu einem wesentlichen Teil der heutigen Aussenpolitik, der internationalen Zusammenarbeit und der ständigen und aktiven Unterstützung durch andere Völker, einschliesslich der Schweiz.

Herausforderungen...

Gewiss, trotz wichtiger, Errungenschaften, die erreicht wurden, muss Vietnam noch einen sehr langen Weg gehen um an die Ziele zu gelangen, die es sich gesetzt hat. Es bleiben zahlreiche Mängel zu korrigieren und Lücken auszufüllen, viele Herausforderungen anzugehen:

- Die Wirtschaft des Landes ist trotz ihres hohen Wachstums nicht genügend konkurrenzfähig. Dazu kommt, dass die wirtschaftliche Instabilität die Entwicklungsperspektiven unsicher macht. Der äussere Einfluss der wirtschaftlichen Konjunktur trifft uns. Die hohe Inflationsrate und der Höhenflug der Marktpreise der letzten Zeit haben das Leben der Bevölkerung stark erschüttert, insbesondere

jenes der Ärmsten, welche Probleme haben mit dem Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung, aber auch beim Einkaufen der Konsumgüter zur Grundversorgung.

- Obschon Vietnam seit 2008 nicht mehr zu den ärmsten Ländern gehört, bleiben Engpässe bezüglich der Infrastruktur, der Wirtschaftsstrukturen und weitere zahlreiche noch gelöste Probleme. Es gilt die Armut der ethnischen Minderheiten und der Landbevölkerung zu überwinden, die Qualität der Bildung und der Angebote des Gesundheitswesens zu verbessern, den Zugang zu sauberem Trinkwasser zu sichern, ebenso den Zugang zu sanitären Einrichtungen, besonders auf dem Lande, wo etwa 75% der vietnamesischen Bevölkerung leben.

Neben diesen wichtigen Punkten gilt es die Herausforderungen auf-

tig müssen wir Lösungen anwenden, die es erlauben, rasch die Zahl jener zu erhöhen, die über sauberes Trinkwasser verfügen. Von 64 Millionen Menschen, die auf dem Lande wohnen – das sind 75% der gesamten Bevölkerung – haben nur 25% Zugang zu Trinkwasser.

Drittens: Wir müssen die objektiven Schwächen und Mängel in der Qualität der Bildung und Berufsbildung grundlegend angehen. Mit 67% der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter hat unser Land von heute bis ins Jahr 2040 ein ausserordentliches Potential. Doch seit Jahren ist die entscheidende Schwäche das noch tiefe Bildungsniveau der vietnamesischen Bevölkerung.

Viertens: Wir müssen mit ganzer Entschiedenheit, ganzer Energie und wirksamer als bisher das bekämpfen,

grund der neuen Positionierung zu erkennen. Es geht dabei um die Verknappung der Kredite zu Vorzugskonditionen, welche mehr und mehr durch Kredite mit marktüblichem Zinsniveau ersetzt werden.

Zudem gibt es eine Art hochmütigen Verhaltens, eine Selbstgefälligkeit aufgrund dieser neuen Zugehörigkeit zu den Ländern mit mittlerem Einkommen, was angesichts der Instabilität unserer derzeitigen Errungenschaften gefährlich ist.

Unsere Aufgabe besteht also darin, Vietnam nicht in diese Falle treten zu lassen, sondern vielmehr einen stabilen Fortschritt zu sichern, es Schritt für Schritt zum Zustand eines entwickelten Landes zu führen: So rasch als möglich, aber unter Einhaltung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung.

...und Hindernisse

Um dies zu realisieren, stellen sich mehrere dringende Probleme, die jetzt und langfristig verschiedene Strategien, Methoden und anzuwendende Mittel erfordern, von denen einige hier genannt werden sollen:

Erstens: Man muss ausserordentlich wachsam sein und in der Umsetzung der Industrialisierung stets den Schutz der Umwelt beachten.

Zweitens: Der Kampf gegen Armut und Hunger bei den Minderheiten und der Landbevölkerung muss überdacht werden: Die in den letzten Jahrzehnten angewendeten Methoden erbringen heute nicht mehr die zufriedenstellenden Ergebnisse von damals. Von 86 Millionen EinwohnerInnen sind heute 27 Millionen arm und leben von 300 000 – 400 000 vietnamesischen Dong, das sind 15 – 20 USD pro Person im Monat. Gleichzei-

was bei uns bereits ein nationales Übel geworden ist, die Korruption. Die Korruption agiert, sie beeinflusst die Ergebnisse der Wirtschaft. Viel gefährlicher aber ist, dass sie die Beziehungen untergräbt, Vertrauensverlust bringt und dazu führt, dass wir unseren Stolz, unsere Selbstachtung, auf die wir ein Recht hätten, verlieren.

Gewiss, unsere Schwächen sind Hindernisse, Steine auf dem Weg der vietnamesischen Entwicklung. Das Wichtigste ist, sich dessen bewusst zu sein. Der Mut, der uns dahin geführt hat, die Realität zu akzeptieren, wird uns erlauben, deren Ursachen zu erkennen und Lösungen zu finden, um diese Probleme anzugehen.

Nguyễn Huy Quang ist Präsident der Vereinigung für Freundschaft und Zusammenarbeit Vietnam-Frankreich

Übersetzung: Anjuska Weil. Gekürzt durch UW.



An der Schwelle zum Ende des Nuklearzeitalters?

«Ein Nuklearkrieg wäre innerhalb eines Tages vorbei»

1971 alarmierte die australische Kinderärztin Helen Caldicott die Öffentlichkeit über anhaltende französische Atombombentests im Pazifik. Später gehörte sie zu den MitbegründerInnen der Internationalen Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges IPPNW und der Ärzte für Soziale Verantwortung. Mit Dago Langhans vom «Neuen Deutschland» sprach die Friedensaktivistin und Trägerin des Nuclear-Free-Future Award über Kernenergie und enttäuschte Abrüstungshoffnungen.

Von Dago Langhans

• Nach dem Ende des sogenannten Kalten Krieges rechneten Millionen Menschen mit weitreichenden Abrüstungsschritten, insbesondere auch im Bereich der atomaren Bewaffnung. Was ist daraus geworden?

Diese Friedensdividende ist niemals eingelöst worden. Die damals Herrschenden wussten nicht mit der neuen Situation umzugehen. George Bush I. hatte zunächst angeboten, einige taktische Nuklearwaffen einseitig abzubauen, um den Dialog mit der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow zu fördern. Doch dann trat Bill Clinton, der George Bush als Präsident der USA folgte, auf den Plan. Clinton hat sich um die Nuklearrüstung überhaupt nicht gekümmert. Er hatte während des Vietnamkrieges nicht gedient und stand extrem unter Druck durch das Pentagon. Von den Militärstrategen wurde er nicht als starker Militärführer anerkannt. Ihm gegenüber stand auf russischer Seite ein angeschlagener Präsident Boris Jelzin, ein schwerer Alkoholiker, der voraussichtlich niemals auf irgendwelche Vorschläge Clintons zur Abrüstung eingegangen wäre.

Beim Gipfeltreffen 1987 zwischen Gorbatschow und dem damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan im isländischen Reykjavik war eine Vereinbarung zum Abbau der Atomwaffen an Reagans Weigerung gescheitert, sein Star-Wars-Projekt aufzugeben. Damals waren achtzig Prozent der US-Bevölkerung für die Abschaffung von Nuklearwaffen. Trotz diverser kleinerer Abrüstungsschritte gibt es derzeit in den Arsenalen der USA und Russlands rund 25 000 Wasserstoffbomben, von denen sind geschätzte 2 500 direkt per Knopfdruck von jeder Seite innerhalb von nur drei Minuten einsetzbar. Interkontinentalraketen brauchen eine halbe Stunde, um ihre Ziele zu erreichen. Ein Nuklearkrieg wäre innerhalb eines Tages vorbei. Nichts hat sich also in den vergangenen Jahren verändert. Im Gegenteil: Es ist sogar schlimmer geworden. Das aktuelle START-Folgeabkommen zwischen Barack Obama und Wladimir Putin beziehungsweise Dmitri Medwedjew wurde vom US-Senat nur deswegen ratifiziert, weil Obama zugestanden hatte, 84 Milliarden US-Dollar für die Modernisierung des US-Nuklearwaffenarsenals zur Verfügung zu stellen. Trotzdem hat der republikanische Senator Jon Kyl aus Arizona im letzten Dezember gegen diesen Vertrag votiert. Für mich sind das deutliche Belege für die mangelnde Durchsetzung des Abkommens.

• «Eine Welt ohne Atomwaffen ist möglich», hatte Obama im April 2009 in Prag versprochen. Wie sieht es nun damit aus?

Das Resultat sieht sehr schlecht aus. Der militärisch-industrielle Komplex der USA hat Obama als obersten Befehlshaber kooptiert. Als hochintelligenter Mensch ist der US-Präsident stets um einen Ausgleich unterschiedlicher Positionen bemüht und er gibt eher nach. Die Vereinigten Staaten bräuchten einen Präsidenten vom Format eines durchsetzungsfähigen Franklin D. Roosevelt. Unglücklicherweise ist Barack Obama nicht so

ein Mensch. Er agiert im Auftrag von Rüstungsgiganten wie Lockheed Martin, Boeing, Raytheon, Northrop Grumman und anderen.

• Sie behaupten also, der Einfluss der Rüstungsindustrie ist nach wie vor ebenso ungebrochen wie zu der Amtszeit der Bush-Krieger vom Schlage eines Cheney, Rumsfeld, Wolfowitz oder Perle?

Es macht Angst, dass sich nichts geändert hat. Der Grund besteht darin, dass diejenigen die das Pentagon wirklich führen, nach wie vor aus der Waffenindustrie stammen. Schauen Sie sich doch die NATO-Osterweiterung an. Diese liegt durchaus im Interesse der Rüstungslobby. Lockheed Martin zum Beispiel hatte in den Ländern massiv für die NATO-Mitgliedschaft geworben und durch die anhaltende Militarisierung die eigenen Absatzchancen gesichert und ausgebaut.

• Sie beziehen sich in diesem Zusammenhang auf die baltischen Staaten und Polen?

Genau diese Länder. Aber wieso ist Russland nicht zur NATO gekommen? Russland wurde nicht eingeladen. Es ist mehr als dreist, Russland auszuschließen. Der Zweite Weltkrieg wurde einst an der russischen Front mit immensen Blutzoll gewonnen. Eine Erklärung besteht darin, dass solchen Unternehmen wie Lockheed Martin ohne entsprechende Feindbilder extreme Gewinne entzogen würden. Oder einfacher formuliert: Wie sieht die politische und wirtschaftliche Logik der Rüstungsproduktion aus? Wenn ein Flugzeug abstürzt, wird ein neues gebaut. Die militärische Überlegenheit der USA erfordert die beständige Schaffung neuer Gegner. Der aktuelle Trend ist die Einkreisung Chinas mit Militärstützpunkten. In meinem Buch «Atomgefahr USA» beschreibe ich, wie China in die offiziellen Zielplanungen des Pentagon geraten ist. Dem liegt der Irrglaube zugrunde, dass die geostrategische Region des Pazifik ein ursprünglich US-amerikanisches Hoheitsgebiet ist. Mich regt so etwas als Australierin besonders auf. So eine Art von Weltpolizei braucht niemand. Aber auch niemand bringt den Mut auf, dagegen vorzugehen. Insbesondere die NATO ist vollkommen kraftlos, wenn es darum geht, Gegenakzente zu setzen.

• In bestimmten Situationen ist es vielleicht doch so, dass Regionalmächte durchaus ihren eigenen Weg gehen. Die derzeitige militärische NATO-Intervention in Libyen wäre ohne das französische Vorpreschen so wohl nicht eingetreten.

Der Hintergrund ist die anstehende Präsidentschaftswahl in Frankreich. Präsident Nicolas Sarkozy ist ähnlich populär beziehungsweise unpopulär wie zu ihrer Zeit Maggie Thatcher in Grossbritannien. Und leider kann man durch den Beginn eines Krieges die Beliebtheit steigern, wie der zwischen Grossbritannien und Argentinien geführte Falklandkrieg von 1982 gezeigt hat.

• Um auf die derzeitige Nuklearkatastrophe in Japan zu sprechen zu

kommen. Aus deutschem Blickwinkel sieht es so aus, als ob das Nuklearzeitalter seinem Ende entgegen geht.

Die Entwicklung in Ihrem Land ist einzigartig und nicht vergleichbar. Das hängt mit der langjährigen politischen Geschichte des Widerstandes gegen die Atomtechnologie in Deutschland zusammen. In diesem Zusammenhang muss ich immer an meine frühere Freundin, die Grünen-Mitbegründerin Petra Kelly, erinnern. Meine Prognose lautet, dass die Katastrophe in Fukushima – hören Sie die Ähnlichkeit mit Hiroshima? – das Ende der Nukleartechnologie und des Uranabbaus einleitet. Das hat natürlich auch unmittelbare Folgen für die Atomwaffenindustrie.

• Also langfristig wäre das möglich. Sie meinen jedoch, wir sind bereits jetzt an der Schwelle zum Ende des Nuklearzeitalters...

Die Konsequenzen, die sich aus der Entsorgung des Nuklearmülls ergeben, werden bis zum Ende der Menschheit weiter bestehen. Die Atomenergie allerdings als Quelle der Energiegewinnung ist ein Auslaufmodell.

• Gemeinsam mit dem ehemaligen Diplomaten Craig Eisendraht haben Sie sich im Jahr 2007 mit dem Thema Weltraumrüstung beschäftigt.

Wir haben gemeinsam ein Buch mit dem Titel «War in Heaven – The Arms Race in Outer Space» (Krieg im Himmel – Das Wettrüsten im Weltraum) herausgegeben. Die Militarisierung des Weltraumes ist boshaft, unverantwortlich und kriminell. Nach einem Weltraumvertrag der Vereinten Nationen von 1967 ist die militärische Nutzung des Weltraumes verboten. Dieser Vertrag wurde von den USA und Israel im Gegensatz zu allen anderen Staaten nicht ratifiziert. Im Sprachgebrauch der Pentagon-Strategen ist die Rede von «High Frontier», also einer letzten zu durchbrechenden Grenze. Für Rüstungsunternehmen wie Lockheed Martin stellt der Weltraum militärtechnologisch ein neues Frontgebiet dar.

• Gibt es angesichts einer schwerwiegenden und sich vertiefenden globalen Finanzkrise überhaupt noch ausreichende Finanzmittel, um aufgeblähte Militärhaushalte inklusive solcher Projekte wie der Weltraumrüstung zu rechtfertigen?

Das US-Ministerium des Todes verfügt über eine Billion Dollar Etat. Aber niemand macht sich stark, um dagegen anzukämpfen.

• Wie Sie selbst allerdings erlebt haben, gab es in den 80er Jahren in den USA eine überwältigende Mehrheit in der Bevölkerung, die die Abschaffung der Nuklearwaffen gefordert hat.

Das stimmt. Mit dem Ende des Kalten Krieges allerdings nahmen die Menschen in den 90er Jahren an, ein Ende der Atomrüstung wäre erreichbar. Diese Entwicklung ist nicht eingetreten. Die ökonomische Stärke der Rüstungskonzerne spiegelt sich wider in verharmlosenden Darstellungen durch sogenannte Experten in den Medien. Diese Misere muss mit Gegeninformationen aufgebrochen werden. Das ist unsere Aufgabe. Gerade jetzt.

• Miss Caldicott, danke für das Gespräch und Gratulation zu der Auszeichnung (Helen Caldicott erhielt am 10. April 2011 in Berlin den Nuclear-Free-Future Award).

Quelle: ND vom 23. April 2011



II. Friedensseminar zur Abschaffung ausländischer Stützpunkte. Foto El Escambray

Tagung des Weltfriedensrates in Guantánamo Weg mit den Basen!

Mit der Forderung nach Rückgabe der militärischen Enklave in der Provinz Guantánamo, die von den USA seit Anfang des letzten Jahrhunderts auf kubanischem Territorium illegal besetzt gehalten wird, sowie der Aufgabe anderer Basen in verschiedenen Breitengraden, begann am 4. Mai 2011 unter dem Vorsitz von Maria do Socorro Gomes, Präsident des Weltfriedensrates, in Caimanera in unmittelbarer Nähe des berüchtigten US-Marinesstützpunktes auf Kuba das zweite Friedensseminar zur Abschaffung ausländischer Militärbasen.

Mehr als 80 Vertreter aus 36 Ländern, darunter Kuba, verurteilten während den Debatten in Caimanera und in der Provinzhauptstadt Guantánamo die permanente Einmischung der kapitalistischen Mächte in das Selbstbestimmungsrecht der Völker, und die militärischen Invasionen von Ländern wie Afghanistan, Irak und Libyen.

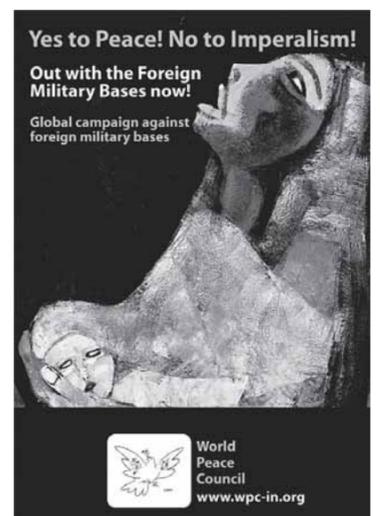
Die Delegierten unterstrichen, dass die Militärbasen, die von imperialistischen Ländern auf der ganzen Welt unterhalten werden, für den Frieden und die Souveränität der Völker eine ständige Bedrohung darstellten.

José Ramón Rodríguez, Präsident der kubanischen Bewegung für Frieden und Souveränität der Völker, betonte während der Eröffnungsveranstaltung, die Menschheit habe eine einzige Option, um als Spezies zu überleben: den Schulterschluss, um Kriege und den Rüstungswettlauf zu eliminieren und die Umwelt zu bewahren.

Viele Redner drückten ihre Sympathie und Unterstützung für den

kubanischen Entwicklungsweg und den Kampf Kubas gegen die US-Wirtschaftsblockade aus und versicherten den unter dem Namen «Cuban Five» bekannt gewordenen fünf Kubanern, die sich seit 13 Jahren als politische Häftlinge in US-Gefängnissen befinden, ihre unverbrüchliche Solidarität.

Am Friedensseminar nahmen auch Exekutiv-Mitglieder des Weltfriedensrates teil, Mitglieder der Internationalen Brigade «1. Mai» und Gruppen von Puerto Rico und Österreich sowie ausländische Studierende, die in der kubanischen Provinz Guantánamo leben.



Plakat des Weltfriedensrates und der Globalen Kampagne gegen ausländische Militärbasen: «Ja zum Frieden! Nein zu Imperialismus! Weg mit ausländischen Militärstützpunkten – jetzt!»

Aufruf der Blockfreien

A-Waffen eliminieren

Die Minister der Bewegung der blockfreien Staaten, die sich vom 25. – 27. Mai 2011 in Bali, Indonesien zur XVI. Ministerkonferenz trafen, erneuerten ihre tiefe Besorgnis über die Bedrohung, die der Fortbestand von Kernwaffen und deren mögliche Verwendung oder die Androhung ihres Einsatzes für die Menschheit bedeutet und bekräftigten, dass die nukleare Abrüstung für die Bewegung der Blockfreien weiterhin höchste Priorität im Bereich der Abrüstung besitzt.

Die Minister betonten die Bedeutung der aktiven Beteiligung der Blockfreien an der Ausarbeitung konkreter Vorschläge für die globale atomare Abrüstung und vollständige Beseitigung der Kernwaffen innerhalb einer vorgegebenen Frist.

Die Minister erklärten ihre feste Zusage, im Rahmen des 50. Jahrestages der Bewegung der blockfreien Staaten auf die Einberufung einer hochrangigen internationalen Konferenz hinzuwirken, die Mittel und

Wege aufzeigen soll, Atomwaffen so schnell wie möglich zu beseitigen. Die Konferenz hätte zum Ziel, sich über ein Stufenprogramm zu einigen, welches zum Verbot der Entwicklung, Produktion, Beschaffung, Testung, Lagerung, Weitergabe, Verwendung oder Androhung des Einsatzes von Atomwaffen und schliesslich zu ihrer vollständigen Vernichtung führen müsste.



Generalversammlung von Neue Wege

Hartnäckig und nachhaltig

Der Förderverein Neue Wege in Somalia, über den wir bereits mehrfach berichtet haben, ist fest entschlossen seine Arbeit in Merka weiterzuführen. Dies bekräftigte die Generalversammlung des Vereins.

Von Heinrich Frei

Am 7. Mai fand im Kirchgemeindehaus Zürich-Aussersihl die Generalversammlung des Fördervereins Neue Wege in Somalia statt.

Vre Karrer, eine Hebamme und Lehrerin für Krankenpflege aus Zürich-Oerlikon, die diesen Förderverein gegründet hatte, arbeitete nach ihrer Pensionierung, seit 1993, bis zu ihrem tragischen Tod im Jahre 2002 in der somalischen Stadt Merka. Ihre Werke, die sie in Merka aufgebaut hat bestehen heute weiter und wurden sogar ausgebaut. Dies ist nach 20 Jahren Bürgerkrieg in Somalia und keiner funktionierenden Regierung nicht selbstverständlich.

Jenny Heeb, die Präsidentin des Fördervereins, erinnerte im Kirchgemeindehaus an ein Tagesgespräch im Radio DRS mit Jakob Kellenberger vom Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. Kellenberger soll damals gesagt haben: «In Somalia findet seit Jahren die grösste humanitäre Katastrophe statt. Die Weltgemeinschaft hat sich an die Kriegswirren in diesem Land gewöhnt und ich nehme an, dass sich in den nächsten Jahren leider daran nichts ändern wird...»

Ein Elend in Zahlen

Zu dieser Katastrophe konkrete Zahlen: Gegenwärtig sind etwa 1,4 Millionen Menschen in Somalia intern vertrieben und leben in grossem Elend. Seit anfangs dieses Jahres sind 50 000 Menschen aus Somalia vor den Kämpfen ins Ausland geflüchtet, hauptsächlich nach Kenia, Äthiopien und dem Jemen, nur sehr wenige gelangten nach Europa. In drei Flüchtlingscamps im Osten Kenias leben heute mehr als 300 000 somalische Flüchtlinge, zum Teil schon seit weit über zehn Jahren unter sehr schlechten Bedingungen.

Besseres Leben statt Flucht

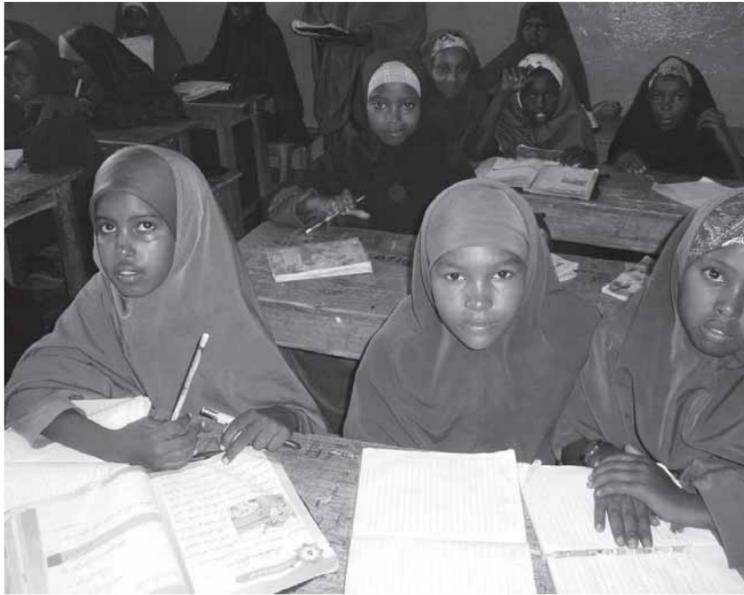
Nur Scecdon, Präsident der Schweizer Organisation Swisso Kalmo, die auch in Somalia tätig ist und von der im letzten Jahr nach einer schweren Krankheit in der Schweiz verstorben Magda Nur-Frei gegründet worden war, nahm ebenfalls an der Versammlung des Fördervereins teil. Er denkt, die Arbeit von Schweizer Hilfswerken in Somalia sei zwar nur ein Tropfen auf einen heissen Stein, sie trage aber doch dazu bei, dass vor Ort die Lebensverhältnisse ein wenig verbessert werden und dann Menschen nicht mehr fliehen, auch nicht nach Europa. Swiss Kalmo betreibt in Somalia, in Merka ein Tuberkulose-Spital, unterstützt von privaten Spendern aus der Schweiz und vom Global Fund. (Infos: www.swisso-kalmo.ch)

Die Arbeit von Neue Wege

Der Förderverein Neue Wege unterhält in Merka ein Ambulatorium, eine Primar- und Sekundarschule, eine Stadtreinigung und im Dorf Ambe Banaan einen Sanitätsposten. Rund 100 Personen arbeiten in Merka für die Neuen Wege. (Infos: www.nw-merka.ch)

Die Primarschule der Neuen Wege ist in Merka die einzige Schule, für welche die Eltern kein Schulgeld bezahlen müssen. 14 Lehrerinnen und Lehrer unterrichten heute 515 Kinder, 254 Mädchen und 261 Knaben. Leider können dem Lehrpersonal keine Weiterbildungen mehr angeboten werden, da die UNICEF und die UNESCO den Süden Somalias, der von der Organisation Al Shabaab be-

herrscht wird, verlassen mussten. Den 240 ärmsten Kindern der Schule werden wöchentlich fünf warme Mahlzeiten angeboten. Früher stellte das Welternährungsprogramm einen Teil der Lebensmittel für diese Verpflegung zur Verfügung. Aber auch diese UNO-Organisation hat sich inzwischen aus den von der Al Shabaab beherrschten Regionen zurückgezogen.



An der Sekundarschule, die vier Jahre dauert, werden aktuell 156 Schülerinnen und 207 Schüler unterrichtet. Es sind zum Teil auch junge Frauen und Männer, die älter als 18 Jahre alt sind.

An der Sekundarschule, die vier Jahre dauert, werden aktuell 156 Schülerinnen und 207 Schüler unterrichtet. Es sind zum Teil auch junge Frauen und Männer, die älter als 18 Jahre alt sind. Abdullahi, der Leiter der Neuen Wege in Merka, schrieb nach Zürich, sie hätten gehofft, dass insgesamt 500 Schüler die Sekundarschule besuchen würden, aber dies sei leider nicht möglich gewesen, weil die Jugendlichen zum Teil vom Lande nach Merka zur Schule kämen. Die Landbevölkerung ist sehr arm, jetzt besonders weil die Bauern wegen der Dürre viel zu wenig ernten konnten. Einige Jugendliche versuchten trotzdem, in Merka die Schule zu besuchen, mussten dann leider aber bald wieder heimkehren, weil sie den Lebensunterhalt in Merka nicht mehr bestreiten konnten. Glücklicherweise habe Al Shabaab in den letzten sechs Monaten keine Jugendlichen mehr für den Militärdienst rekrutiert. Abdullahi schrieb auch, dass es an der Sekundarschule vor allem Probleme mit dem Lehrstoff gibt, es wird nämlich immer noch derselbe verwendet, der bereits vor dem Zusammenbruch der alten Regierung 1991 gültig war. So arbeiten die Lehrer mit Material, das sie schon vor zwanzig Jahren benutzten.

Al Shabaab gegen Médecins du Monde

Das Ambulatorium der Neuen Wege war bis vor kurzem geschlossen. Dr. Bigna Rambert erläuterte in ihrem Bericht ausführlich, wie es zu dieser Schliessung kam. Der Förderverein hatte im letzten Jahr mit Médecins du Monde Abmachungen getroffen, das

Ambulatorium versuchsweise dieser grossen Organisation zu übergeben. Das Ziel des Fördervereins war, den Betrieb des Ambulatoriums so langfristig zu sichern. Auch vor Ort, in Merka, wurde diese Kooperation abgesprochen und akzeptiert. Aber Funktionäre der Al Shabaab duldeten dann die Zusammenarbeit plötzlich nicht mehr. Kurz nachdem das Ambulatorium unter der Regie von Médecins du Monde im Herbst des letzten Jahres den Betrieb aufgenommen hatte, wurde es von Al Shabaab

geschlossen. Dank dem Einsatz der Neuen Wege in Merka und dem Ältestenrat der Stadt konnte das Ambulatorium vor einigen Wochen, nach mehrmonatiger Schliessung, wieder eröffnet werden. Médecins du Monde

Die Schweiz und ihre Streubomben

Mit der SVP gegen die Bauern

Landwirte können nach dem Einsatz von Streumunition ihre Felder nicht mehr bestellen. Trotzdem wehren sich gerade Politiker der SVP gegen eine Ratifizierung des Osloer Vertrages zum Verbot von Streubomben.

Von Heinrich Frei

In den Arsenalen der Artillerie der Schweiz lagern, laut Schätzungen, 200 000 Streubomben-Kanistergeschosse. Mit diesen Sprengkörpern könnte man einen grossen Teil der landwirtschaftlich genutzten Flächen der Schweiz verminen, und damit unbrauchbar machen. Dies sollten Politikerinnen und Politiker der Schweizerischen Volkspartei, der Freisinnigen Partei und der Christlichen Volkspartei auch bedenken, wenn sie immer noch dafür plädieren in einem Verteidigungsfalle solche Granaten in der Schweiz einzusetzen. Viele Bäuerinnen und Bauern gehören zur SVP und in katholischen Kantonen zur CVP. Die Landwirte dieser Parteien müssen wissen, dass sie bei einem Einsatz von Streumunition in unserem Land ihre Felder nach dem Krieg nicht mehr bestellen könnten, wie heute viele Bauern auf dem Balkan, wo die Nato 1999 Streubomben einsetzte. Nach Angaben des Roten Kreuzes waren bis Ende Mai 2000 im Kosovo mindestens 50 Todesfälle und 101 Verletzungen auf Explosionen solcher Submunitionen von Streubomben zurückzuführen.

Streubomben oder Cluster Muniton kommen als Artilleriegranate oder als Fliiegerbombe zum Einsatz. Riesige Flächen werden dabei vermint. Nur mit einer Artilleriegranate kann damit

hat sich inzwischen aus der Stadt Merka ganz zurückgezogen und auch ihre zwei bisherigen Ambulatorien geschlossen, was für die armen Einwohner der Stadt Merka ein grosser Verlust ist, da die medizinischen Behandlungen von Médecins du Monde unentgeltlich waren.

Dank für die Nachhaltigkeit

In einem Brief schrieb Raba'o Abukar Sheik, die Apothekerin des Ambulatoriums, die seit 1995 für die Neuen Wege arbeitet, am 23. April dieses Jahres:

«Wir werden nicht vergessen, dass Eure Anstrengungen für die Arbeit in Merka immer noch fortgesetzt wurde, auch nach dem Tod von Verena Karrer; als das Komitee in Zürich beschloss, das Werk fortzuführen wie bisher. Es ist unvergesslich, dass Ihr Euch nachher die grösste Mühe gegeben hat, mit Médecins du Monde eine andere Organisation zu finden um das Werk fortzusetzen.»

«Angesichts der harten Situation in Somalia möchten wir, dass Ihr die Arbeit fortführt bis wir eine Regierung haben, oder dass sich eine andere Organisation findet für eine Übergabe des Werkes»

«...wir sind sehr zufrieden über die Schweizerinnen und Schweizer und sehr stolz auf Euch, denn ihr seid das einzige existierende Projekt in Merka, das gemeindenahe Programme durchführt....»

Am Schluss ihres Berichts führte die Präsidentin des Fördervereins im Kirchgemeindehaus Aussersihl aus: «Es nützt nichts, uns den Kopf zu zerbrechen, ob wir je wieder eine Organisation finden werden, die unsere Projekte übernehmen könnten. Wir haben unsere Leute in Merka darüber informiert, dass sie selbst aktiv werden sollten, Lösungen zu finden, wie sie in einigen Jahren den Betrieb aufrecht erhalten können. Für die nächste Zeit sind wir aber noch fest entschlossen die Arbeit in Merka weiterzuführen.»



(A.M.) «Ave Helvetia» spielt zur Zeit des Kalten Krieges in einer fiktiven Ostschweizer Kleinstadt. Hauptfigur ist ein junger Kommunist, Mitarbeiter in einem grossen Verlag, wo er versucht, trotz seinem reaktionären Chef sich selber treu zu bleiben. Der Roman enthält alle nötigen Ingredienzien: Naturgewalt, Liebe, Tod, Freundschaft, Traum, auch Mord. Das ist alles schön dramatisch konstruiert, man merkt die Absicht, ist aber nicht unbedingt verstimm: Wenn man diese Szenen als Illustration zur Kalte-Kriegs-Zeit in der Schweiz versteht – und so sind sie offensichtlich angelegt – kann die Lektüre durchaus Gewinn bringen. Den älteren Generationen als Erinnerungsstütze, den jüngeren als Informationsquelle.

Da haben wir auf der linken Seite zwei Gruppen von Jugendlichen. Einerseits junge Kommunisten, die einige Jahre nach der Krise um den Ungarn-Aufstand von 1956 die Partei wiederbeleben wollen und aktuelle Themen diskutieren, vom Ausbau der AHV bis zur Kulturpolitik der Sowjetunion. Andererseits sind da, etwas später, die Anarchisten, die am 1. Mai einen Schwarzen Block bilden, sehr zum Ärger der Gewerkschaft. Auf der rechten Seite steht die «AVE» (Aktion für Vaterländische Erziehung), deren antikomunistische Leitfiguren direkt dem Bestiarium der Unheimlichen Patrioten entsprungen scheinen.

Ave Helvetia, Roman von Manfred Vischer, Verlagsgen. Vorwärts, 2011



Streubomben im tödlichen Schlaf: Feld in Laos. Bild Handicap International

lich nicht mehr nutzbar, da viele kleine Bomblets jeweils nicht explodieren und liegen bleiben wie Personenminen. Beim Einsatz von Streumunition kommen laut Handicap International oft zu 98 Prozent Zivilpersonen ums Leben, sehr oft Kinder. Noch heute sterben in Vietnam, in Laos, in Südostasien, Menschen an Sprengkörpern aus Clusterbomben, die in den 70er Jahren von der US-Air Force ab-

geworfen wurden. «Blindgänger» von Streubomben haben dieselben furchtbaren Auswirkungen wie Minen.

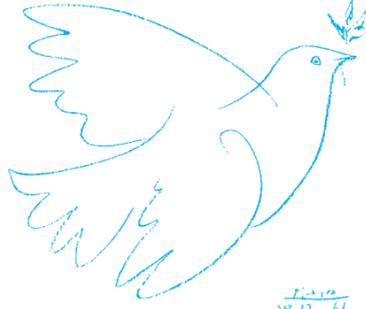
Die Schweiz hat im Dezember 2008 in Oslo zu den Erstunterzeichnern des Vertrages zum Verbot von Streubomben gehört, hat aber das Abkommen noch nicht ratifiziert. Jetzt widersetzen sich Politiker der SVP, der

FdP und der CVP einer Ratifizierung. Dieses Abkommen sieht ein Verbot des Einsatzes, der Produktion, der Lagerung und der Weitergabe von Streubomben vor. Dies bedeutet aber auch, dass jede Art der Finanzierung von Clustermunition und Bomben verboten werden müsste, auch durch Schweizer Banken.

Mehr Infos: www.streubomben.de

«Förderverein Neue Wege in Somalia» Zürich, gegründet von Vre Karrer
www.nw-merka.ch
Spendenkonto: «Förderverein Neue Wege in Somalia»,
CH-8000 Zürich
PC Konto 80-53042-7

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis Exemplare «UNSERE WELT».

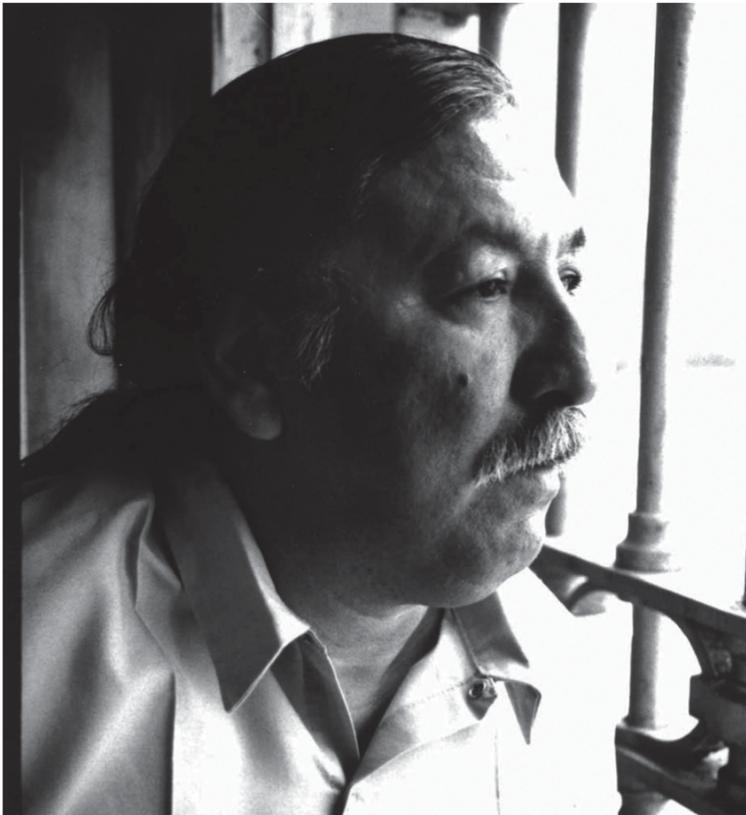
Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____



Der «Nelson Mandela» der indigenen Bevölkerung Nordamerikas: Leonard Peltier. Foto Gesellschaft für bedrohte Völker, www.gfbv.de

Seit 35 Jahren in den Verliesen des Imperiums

Leonard Peltier

Seit 35 Jahren ist der mittlerweile schwerkranke Aktivist des American Indian Movements Leonard Peltier inhaftiert. Eine Wiederaufnahme seines Verfahrens, während dem er wegen angeblicher Beihilfe an der Ermordung zweier Polizisten zu zweimal lebenslanglich verurteilt worden war, und die Zulassung entlastender Beweismittel blieben ihm verwehrt. Alle Rechtsmittel sind ausgeschöpft, das Urteil von 1978 wird, trotz aller seitdem auch gerichtlich formulierten Kritik an FBI und Prozessführung, aufrechterhalten. Lediglich eine Begnadigung durch den Präsidenten der USA kann nun noch den Weg in die Freiheit eröffnen.

Von Michael Koch

Leonard Peltier wurde am 12. September 1944 in Grand Forks, North Dakota geboren und stammt von Ojibway (Chippewa) und Dakota Sioux ab, wurde dann aber traditionell von den Lakota angenommen.

1953 erging es Peltier wie vielen indianischen Kindern in den USA und Kanada. Er wurde von Regierungsangestellten zuhause abgeholt und gegen seinen Willen in eine Internatenschule des Bureau of Indian Affairs (BIA) gebracht. In einer dieser boarding schools zu landen bedeutete für junge Native Americans nicht nur gewaltsam aus Familie und dem bisherigen Leben herausgerissen zu werden. In den boarding schools wurden ihnen die Haare kurzgeschoren, sie wurden in Schuluniformen gezwungen, es wurde ihnen verboten in ihrer Sprache zu sprechen, ihre Lieder zu singen, ihren Glauben zu praktizieren. Durchgesetzt wurden diese Ge- und Verbote mit brutalster physischer und psychischer Gewalt, mit Entwürdigung, (sexuellen) Misshandlungen und Freiheitsentzug. Leonard Peltier bezeichnete in seiner Autobiografie «Mein Leben ist mein Sonnentanz» die Jahre in dieser «Schule» als seine erste Haftstrafe.

Nach dem Hauptschulabschluss kehrte Peltier 1957 wieder in die Reservation zurück. Zu dieser Zeit hatte

der Kongress eine Resolution verabschiedet, die von dem damals noch amtierenden Präsidenten Eisenhower unterschrieben wurde und der zufolge alle indianischen Reservate aufgelöst und die dort lebenden Indianer umgesiedelt werden sollten. Ziel dieser vom ehemaligen Direktor der US-Kriegssumsiedlungsbehörde, Dillon Myer, entwickelten Relocation-Politik war es, die indianische Bevölkerung zwangszuassimilieren und somit die Zahl der Reservationsindianer zu senken. Um diese unmenschliche Vertreibungspolitik durchzusetzen, stellte die US-Regierung Ende der 50er Jahre die ohnehin schon knappen Nahrungs- und Warenlieferungen an die Reservate ein.

Die Jugend Peltiers wurde durch diese Erlebnisse stark geprägt. Rückblickend beschrieb er diese Zeit so: «Hunger war das einzige, von dem wir genügend hatten; oh ja, davon hatten wir ausreichend, genug für jeden.» (L. Peltier: «Mein Leben ist mein Sonnentanz», 1999, S. 113)

Fernsehbilder, die Polizisten zeigten, wie sie indianische Demonstranten, auch Frauen und Kinder, mit Knüppeln blutig schlugen, misshandelten und erniedrigten wirkten auf Peltier, wie er sagte, wie ein Elektroschock. Ab den 60er Jahren engagierte er sich mehr und mehr im Kampf für Bürger-, Menschen- und Indianerrechte.

Geburt einer Bewegung

In den USA entstand 1968 das American Indian Movement (AIM). Red Power wurde zum Kampfruf der Native Americans gegen die Jahrhunderte lange Unterdrückung und den fortgesetzten latenten Genozid an den Ureinwohnern Amerikas. 1969 fand die erste spektakuläre Aktion statt, an der Peltier allerdings noch nicht teilnahm, die ihm aber zum Vorbild wurde: die Besetzung der Gefängnisinsel ALCATRAZ.

So besetzte er gemeinsam mit anderen indianischen AktivistInnen 1970 Fort Lawton bei Seattle. 1972 schloss Peltier sich dem AIM an und nahm u.a. am «March of broken Treaties» in Washington teil. Vom FBI wurde er nun verstärkt als Unruhestifter registriert.

Zur selben Zeit hielten AIM-Aktivistinnen den Ort WOUNDED KNEE in der Pine Ridge-Reservation besetzt. In diesem Konflikt eskalierte die militärische Gewalt der Staatsmacht. Unter dem Kommando des späteren Nato-Oberbefehlshabers Alexander Haig wurden 17 Panzer, 12 Raketenwerfer, F4 Phantombomber, Kampfhubschrauber und jede Menge CS-Gas eingesetzt, um den Widerstand der Besetzer zu brechen. Die Militäroperation kostete über eine Milliarde US-\$: mehr Geld als seit 1870 seitens des US-Staates für die Unterstützung der Menschen in Pine Ridge investiert wurde.

Parallel dazu terrorisierten bewaffnete paramilitärische Banden des korrupten Lakota-Stammesvorsitzenden Dick Wilson traditionelle und politisch aktive Indianer mit Waffengewalt. Über 60 Menschen fielen diesem Terror bis dahin zum Opfer, obwohl teilweise bis zu 50 FBI Agenten im Reservat waren. Andere Quellen sprechen von bis zu 300 Morden, die niemals aufgeklärt wurden und die für die US-amerikanische Polizei und Justiz alles in allem kein Thema waren. Vielmehr wurden alle Untersuchungen mangels finanzieller Mittel eingestellt. Der frühere AIM-Aktivist und heutige Musiker John Trudell, sprach daher von regelrechten Todeschwadrons, die mit Billigung, Ausstattung und Unterstützung des FBI ihr mörderisches Unwesen betrieben.

Der Zwischenfall in Oglala

In ihrer Verzweiflung baten die Stammesältesten 1975 das American Indian Movement (AIM), zu dem auch Leonard Peltier zählt, um Hilfe. Die AIM-Aktivistinnen errichteten auf dem Grundstück der Familie Jumping Bull ein Camp, in dem auch viele Frauen und Kinder lebten. Am 26. Juni 1975 kam es dann zu jenem tödlichen Zwischenfall, für den Leonard Peltier am 18. April 1977 schuldig gesprochen und am 1. Juni 1977 schliesslich zu zweimal lebenslanglich verurteilt wurde. Mit ungekennzeichneten Fahrzeugen fuhren die beiden FBI-Agenten Ronald Williams und Jack R. Colder unangemeldet und mit hohem Tempo auf das Grundstück der Jumping Bulls. Angeblich waren sie auf der Suche nach dem Dieb eines Paares gebrauchter Cowboy-Stiefel, dem 19jährigen Jimmy Eagle. Im Camp, in welchem auch Kinder lebten, brach daraufhin

Panik und Angst aus. Es kam zu einem mehrstündigen heftigen Schusswechsel, in dessen Verlauf die beiden FBI-Beamten und ein 18jähriger indianischer Aktivist (Joe Stuntz Killright) getötet wurden. Wer den Schusswechsel begann und wer die tödlichen Schüsse abgab, ist bis heute ungeklärt. Ging es etwa darum, von einem illegalen Deal zwischen dem korrupten Stammesratsvorsitzenden und der US-Regierung abzulenken, in dessen Verlauf ein Tag zuvor ca. ein Achtel des Reservationsgeländes mit lukrativen Uranvorkommen an die US-Regierung abgetreten wurde?

Beide FBI-Beamte, die während des Schusswechsels zunächst erheblich verletzt wurden, seien später aus aller nächster Nähe kaltblütig erschossen worden – so die Version des FBI. Angeklagt wurden vier Personen: Jimmy Eagle, Bob Robideau, Dino Butler und Leonard Peltier. Allen konnte unmittelbar nach der Schiesserei trotz Umstellung des Camps vorerst die Flucht gelingen.

Die Anklage

1976, im gleichen Jahr, in dem die bereits 1975 festgenommenen Bob Robideau, ein Cousin Leonard Peltiers, und Dino Butler freigesprochen und daraufhin auch das Verfahren gegen Jimmy Eagle, der sich 1975 freiwillig stellte, fallen gelassen worden war, wurde Leonard Peltier in Kanada festgenommen und aufgrund zweifelhafter «Beweise» an die USA ausgeliefert. Belastet wurde Peltier durch die Aussagen der geistig verwirrten jungen Indianerin Myrtle Poor Bear. In drei unterschiedlichen Aussagen gab sie an, die Freundin Peltiers zu sein und die Tat selbst beobachtet bzw. von Peltier geschildert bekommen zu haben. Mal war sie laut Aussage direkt am Tatort, mal war sie vorher geflüchtet. Im Kreuzverhör der Verhandlung gestand Poor Bear dann ein, die Aussagen aufgrund der Bedrohung durch das FBI gemacht zu haben. Sie hätte Peltier in Wirklichkeit nicht gekannt und wäre auch während des Schusswechsels nicht in der Nähe des Tatortes gewesen. Das FBI habe ihr Bilder der Leiche Anna Mae Aquashs, einer indianischen Aktivistin und früheren Freundin Peltiers gezeigt, und angedeutet, sie oder ihre Tochter könnten genauso enden. Allerdings wurden bei dieser wichtigen Entlastungsaussage die Geschworenen im Gerichtssaal nicht zugelassen und die neue Aussage nicht als Beweismittel zugelassen. Auch der in FBI-lancierten Presseberichten heute noch immer wieder erwähnte Belastungszeuge Michael Anderson, ebenfalls ein junger AIM-Aktivist, gab während der Verhandlung zu, beim Verhör nur aufgrund von Gewaltandrohungen des FBI-Agenten Gary Adams gegen Peltier ausgesagt zu haben. Diese Aussage wird jedoch ebenso wenig berücksichtigt, wie die Tatsache, dass auch Anna Mae Aquash bereits 1975 durch das FBI aufgefordert wurde, gegen Peltier auszusagen und im Falle ihrer Weigerung mit dem Tode bedroht wurde. Fünf Monate später, am 24. Februar 1976 fand man Anna Mae am Rande der Reservation erschossen auf.

Doch nicht nur erpresste Falschaussagen und der Tod möglicher Entlastungszeugen führten zur Verurteilung Peltiers, es wurden auch Entlastungsmaterialien bewusst zurückgehalten. Bereits im Laufe der Verhandlung stellte ein ballistisches Gutachten eindeutig fest, dass eine der bei Bob Robideaus Festnahme sichergestellten Waffen des Modells AR-15, die laut Anklage die Tatwaffe Peltiers sei, keinesfalls die tatsächliche Tatwaffe war. Das Ergebnis der Laboruntersuchungen wurde der Verteidigung jedoch vorenthalten und somit als weiterer Entlastungsbeweis unterschlagen. Erst Jahre später wurde diese Information in mittlerweile freigelegten FBI-Unterlagen gefunden.

Addiert man hinzu, dass den Geschworenen seitens der Anklage ständig suggeriert wurde, dass ihr Leben durch bewaffnete AIM-Aktionen permanent bedroht sei, verwunderte es daher keinen objektiven Prozessbeobachter, als 1978 Leonard Peltier wegen zweifachen Mordes an den FBI-Agenten Williams und Coler durch die Geschworenen zu zweimal lebenslanglich verurteilt wurde – dies, obwohl die Beweislage gegen ihn nicht schwerer wog als jene im Verfahren gegen Butler und Robideau, die bereits freigesprochen worden waren. (Auch in dieser Verhandlung räumten Belastungszeugen ein, Falschaussagen nur aufgrund von Nötigung durch die Ermittlungsbehörden begangen zu haben).

Opfer von COINTELPRO

Eine Vorverurteilung Peltiers hatte längst stattgefunden. Hierzu wurde der Prozess gegen Peltier u.a. in den als indianerfeindlich bekannten Gerichtsbezirk Fargo (North-Dakota) verlegt und somit aus der Zuständigkeit jenes Gerichtes genommen, das Robideau und Butler freisprach. Das FBI brauchte eine Verurteilung und Peltier, der wie seinerzeit andere AIM-Aktivistinnen auch zum militanten und bewaffneten Kern der seit 1968 existierenden Red-Power-Bewegung zählte, war den US-amerikanischen Sicherheitsdiensten schon lange ein Dorn im Auge. Das eigentliche Ziel jedoch war vor allem die Zerschlagung des American Indian Movement als soziale Bewegung. Dabei bedienten sich Polizei, Geheimdienste und Justiz der gleichen geheimdienstlichen Instrumente (COINTELPRO) wie bereits zuvor bei der Zerschlagung der Black Panther Party (BPP) und anderer sozialrevolutionärer oder auch nur bürgerrechtsengagierter Gruppen.

Quelle und weitere Infos: <http://tokatalpsg.de>

Leonard schreiben!

Muntert Peltier auf, drückt ihm eure Solidarität aus:
Leonard Peltier, # 89637-132
USP Lewisburg
U.S. Penitentiary
P.O.Box 1000
Lewisburg, PA 17837
USA

Ausreichend frankieren und Absender nicht vergessen!